



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

Digitale Sammlungen

1932

06.09.1932 (Nr. 197)



Bremer Nationalsozialistische Zeitung

Verlag und Geschäftsstelle: Papenstraße 15, Redaktion: Langen-
straße 48. Sprechstunde der Redaktion: Montag bis Freitag von
18 bis 19 Uhr. Fernsprecher: Domsheide 23878.
Die Zeitung erscheint wöchentlich und kostet RM 1.90 frei Haus,
durch die Post zugunlich 36 Pfg. Bestellgeld.

Parteiamtliches Organ der
Bremer Nationalsozialisten

Anzeigen: Bietige die 10 gepaltene mm-Reile RM 0.10, auswärts
RM 0.12; im Tertiel RM 0.50, auswärts RM 0.70; Stellenange-
bote RM 0.06; sonstige kleine Anzeigen RM 0.08. Platzvorrat ohne
Verbindlichkeit. Bei Betriebsstörung, Streik, Verbot usw. hat der
Besitzer keinen Anspruch auf Rückerstattung des Bezugspreises.

Unser Regierungsprogramm.

Arbeitsbeschaffung und Beendigung der Arbeitslosigkeit

Anlässlich der Einweihung des Gregor-Strah-
ger-Hauses in Dresden hielt Hr. Gregor-Strah-
ger eine großangelegte, grundsätzliche Rede zur politischen
Lage, in der er sich vor allem auch mit den Plä-
nen der Papenregierung befasste.

Nachdem der Reichsorganisationsleiter dargelegt
hatte, was es bedeutet, daß heute, nachdem die
NSDAP in einem 14-jährigen Kampf die Weimarer
Demokratie aus dem Sattel gehoben hat, eine bestimmte
Schicht plötzlich mit dem Anspruch auftritt, unsere
Bewegung das Ziel ihres Kampfes voranzutreiben zu
dürfen, erklärte er wörtlich:

Heute proklamieren wir die Forderung, daß nicht
der Adel und das Bürgertum, sondern der Arbeiter
der Stirn und der Faust zum Träger des
Staatsgedankens gemacht werden muß.

Herr von Papen hat schon bewiesen, daß er
kein Fingerhakenbesitzer für die Psyche des Volkes
hat. Vor einem Reichstagswahlkampf, in dem in
Deutschland der Marxismus niedergeworfen werden
sollte, in einer solchen Zeit bringt es ein Sta-
bilität, unsern Wahlspruch solange hinauszu-
schieben, daß der Marxismus mit jüdischem Gelde
neuer Muttrix bekommen hat.

Die Gefahr der Papenpolitik: Wiederstarkmachung des Marxismus!

In einer Zeit, wo die Notverordnungs-
Politik ihre ungeheuren Folgen zeigt, bringt es
dieses Kabinett fertig, das Salz zu bekümmern und
die Kanten zu fügen und dies acht Tage vor der
Wahl, um auf diese Weise zwei Millionen Wähler
dem Marxismus in die Arme zu treiben.

Das Kabinett Papen geht aber diesen Weg we-
ter. Es spricht von einem Kampf gegen den
Marxismus, macht aber eine Politik, die den zu-
sammenbrechenden, konfrontierten Marxismus wieder
stark zu machen beginnt.

Was macht Herr von Papen? Er schafft über
zwei Milliarden Mark Kredite, indem er

Steueranrechnungsscheine

kommender Jahre als Vorkapital erklärt, ob-
wohl kein Mensch weiß, ob auf diese Steueranrech-
nungsscheine in zwei Jahren überhaupt noch
Steuern gezahlt werden können. Das kann näm-
lich nur geschehen, wenn eine Verringerung der Welt-
konjunktur kommt. Bleibt sie aus, dann erleben
wir mit diesen Steueranrechnungsscheinen eine
Inflation von unvorstellbarem Ausmaß, weil in die
Erweiterung des Kredites nicht die werteschaffende
Arbeit eingeschaltet worden ist. Darum sind wir
gegen dieses „Wirtschaftsprogramm“.

Kein Kredit ohne Arbeit:

Wir stehen auf dem Standpunkt, daß Kredit-
erweiterung nur dann möglich ist, wenn der letzte
Pfennig zu einer sofortigen Auftragserteilung zur
Leistung neuer Arbeit verwendet wird. Wir haben
nur das eine Interesse, daß jeder Pfennig eines
neugeschaffenen Kredites bis zur letzten Konse-
quenz als Lohn in die Hand der Erwerbslosen
kommt. Wir werden erleben, daß zwei Milliarden
Mark — eine Summe, mit der wir Nationalsozia-
listen unser ganzes Arbeitsbeschaffungsprogramm
durchführen — ausgegeben werden, damit die
Banknoten ausgegeben werden, so daß für die
wirkliche Arbeitsbeschaffung nichts übrig bleibt.

Die zwei Milliarden sind weg und die Deckung
wird immer geringer. Es fehlt der Wille, die
gesamte deutsche Wirtschaft organisch umzubauen.
Hier wird ein Zweig der Wirtschaft, das Finanz-
kapital, rechtlich bedacht. Die Werte gehen heute
nach, weil die Werte weiß, daß dieses Programm

nur für die Banken gut ist und sonst keinen Wert
hat.

Wer soll Deutschland regieren? Der Frontsoldat und die junge Generation!

Das Gebot der Stunde ist, daß sobald als mög-
lich eine Regierung geschaffen wird, die so stark
wie möglich ist. Wir verlangen, daß man die
wirtschaftliche, politische und soziale Entwick-
lung der letzten Jahre in Deutschland anerkennt.
Wir verlangen, daß der deutsche Frontsoldat, der
aus dem Kriege eine neue Auffassung heimge-
bracht hat, und die junge Generation zum Träger
der Politik gemacht werden.

Wir verlangen, daß man das Neue, das sich im
Volke bildet, das neue Denken in wirtschaftlicher,
staatlicher und kultureller Hinsicht über alle Volks-
freise und Schichten ausbreitet, in den Staat ein-
baut und nicht die abgewirtschafteten Reaktionäre
zum Träger der Nation macht. Wir verlangen,
daß man den Willen des Volkes nicht verflüchtigt,
und wir haben keinen Zweifel darüber gefaßt,
daß wir unser Ziel verwirklichen werden, wenn

wir die Führung des Staates in die Hand ge-
nommen haben. Wir fordern die Befestigung der
Schäufel und der Elemente, mit denen man
ein Volk nicht führen kann, damit der Staat in
der Lage ist, die eigenen Arbeitsschichten zu schützen,
wenn wir dieses Volk durch Ausgestaltung der
gehörigen Kräfte wieder zur Kraft, Sauberkeit
und Anständigkeit erregen haben.

Wir werden nie einen Zweifel darüber lassen,
daß unsere erste Aufgabe die Lösung der Arbeits-
losenfrage ist und diese Lösung ist möglich mit
dem Gelde, das Herr von Papen verschleudert.

Wir verhandeln nur deswegen mit anderen
Parteien, weil vor uns die große Forderung steht:
Arbeit zu schaffen

und dem Elend der Arbeitslosigkeit ein Ende zu
machen. Wir werden dieser Verpflichtung nach-
kommen und nicht einen Millimeter von unserem
Programm abweichen. Wir sind fest entschlossen,
nicht länger zu klammern, wenn es möglich ist, eine
Regierung zu bilden, die Arbeit schafft, und wir
werden mit allen gehen, die diese Verpflichtung
vor dem deutschen Volk ebenfalls vertreten.

Front der sozialen Arbeit

Die Front der schaffenden Menschen, die heute noch
die jüdischen Parteiführer verflucht ist, diese
Front kann nur geschaffen werden aus dem Drang
des deutschen Menschen nach Arbeit und Brot. Die
Nationalisierung des deutschen Arbeiters wird um
so leichter sein, wenn er vor sich einen Staat sieht,
der ihm Arbeit gibt und der sich um sein Wohl
kümmert. Das ist der Weg, den wir gehen, im-
mer in der Richtung des Erfolges, das Marschtempo
der Sieger. Wer heute die Bildung einer Front
der Arbeitsbeschaffung verhindert, der verflucht
sich an der Zukunft unseres Volkes. 95 v. H. aller
Deutschen wollen nichts mehr wissen von der
Spekulation der Börse, sondern von der Schaffung
neuer Produktionswerte. Wir erkennen die wirk-
lich wertvollen Kräfte der konservativen Kreise der

Vergangenheit an, wir lehnen es aber ab, daß
diese Schichten, die einst den Staat belahen und
ihm durch eigene Schuld verloren haben, es heute
versuchen, mit unangenehmen Mitteln eine Regie-
rung aufrechtzuerhalten, die nur die Lunte facht
und ohne uns in Gefahr einer bolschewistischen Re-
volution untergehen würde.

Ich bin überzeugt, daß die Armee ihre Aufgabe
nie in dem Schutze der Reaktion und in dem
Schutze der Regierung einer lächerlichen Minder-
heit sehen darf, sondern daß ihre Aufgabe ist, ein
mit dem Volke zu sein und in die Front der Ar-
beit und der Kraft auf allen Gebieten einzufügen.

Wir wollen nicht die Macht um der Macht wil-
len, sondern um des deutschen Volkes und seiner
Zukunft willen!

Papens Notverordnung veröffentlicht

Berlin, 5. September. Die Verordnung
des Reichspräsidenten zur Regelung der Wirt-
schaft ist am Sonntag dem Reichspräsidenten
von Hindenburg in Reiches unterzeichnet wor-
den. Die Verordnung gliedert sich in vier
Teile, und zwar:

1. „Entlohnung der Wirtschaft“.
2. „Sozialpolitische Maßnahmen“.
3. „Kreditpolitische Maßnahmen“.
4. „Finanzpolitische Maßnahmen“.

Das Kernstück dieser Verordnung bildet die
vom Reichspräsidenten dem Papen in München an-
gekündigte Ermächtigung zur Einrichtung von
Steueranrechnungsscheinen in Höhe von 1,5
Milliarden Mark, sowie zur Aussetzung von
Prämien in Höhe von insgesamt 700 Millionen
Mark zur Neueinstellung von Arbeitskräften,
d. h. je Neueinstellung 400 Mark jährlich. Der
Etatsplan für die Inangefangene dieses Program-
mes wird der 1. Oktober 1933 sein.

Außer der Verordnung des Reichspräsidenten
wurde eine Durchführungsverordnung erlas-
sen werden, in der u. a. auch die Ausgestaltung

des Tarifwesens behandelt sein wird. Die darin
enthaltenen Maßnahmen sollen umgehend in die
Zat umgesetzt werden.

Das Verordnungswort wird im Reichsgesetz-
blatt etwa sieben Seiten umfassen, über die eine
etwaliche Zusammenfassung veröffentlicht wird.

Ein Teil der Verordnung wird sich mit den
vom Reichsbanknoten besetzten Betrieben befa-
hen. Für die Dauer der finanziellen Bedröhung müssen
die Gehälter in diesen Betrieben den Gehältern
in den Reichsbetrieben entsprechen.

Schweres Unglück beim NS-Flugtag.

Flugkapitän Ritzig abgestürzt.

Dresden, 4. September. Während einer
nationalsozialistischen Flugveranstaltung am
Sonntag nachmittag auf dem Flugplatz
Dresdner Straße das Junkers-Flugzeug
J 48, 550 PS., D 2284, Führer der be-
kannte Flugkapitän Ritzig, beim
Aufstieg plötzlich ab. Das Flugzeug ging
vollständig in Trümmer. Ritzig selbst
wurde verletzt.

Die Katastrophen- politik der Reaktion

Wilhelm Lubbe,

Mitglied des Preussischen Landtags

Wir Nationalsozialisten haben nie einen
Geht daraus gemacht, daß wir die Reichs-
verfassung von Weimar nicht für die ge-
eignete staatsorganisatorische Ausdrucks-
form des deutschen Volkes halten, daß wir
auch nicht glauben, durch irgendwelche
reformistische Fiktion diese Verfassung
verbessern zu können, sondern daß die
rassisch und volkhaft bedingte Art des deut-
schen Volkes eine grundsätzliche Renou-
vierung aller staatlichen und nationalen Ver-
hältnisse fordere. Darum lehnten wir auf
dem Wege zur Macht faule Kompromisse ab
und gaben keinen Punkt unserer program-
matischen Forderungen auf. Das brachte
uns jahrelang in die von uns nicht als
reinlich empfundene Vereinamung. Je
häufiger wir im Laufe der Jahre wurden,
um so ausdrücklicher wurde die Sehnsucht
der sich national neuernden Reaktion, uns
„bekehren“, von unserem „Marxismus“
zu befreien, uns „hündisch“ zu ma-
chen, ja, mit uns zusammen zu re-
gieren. 1923 schloß diese Reaktion auf
uns vor der Reichsversammlung in München
und in den Wälden von Rastatt, die im
Juni 1932 so tat, als sei sie uns gegen-
über die personalisierte Szene. Wir ver-
stärkten, die wir schon am 9. November 1923
mit Hilfer, Ludendorff und v. Graefe ge-
gen Ebert, von Seekt und Kapitan Eber-
hardt standen, waren 1932 von Anfang an
mißtrauisch gegen die durch Altern nicht
schöner gewordene Bettel Reaktion. Man
soll uns, die wir z. B. seit Jahrzehnten
mit dem gleichen Ziele deutscher Freiheit
und Größe im härtesten Kampfe stehen,
doch nicht für bumm halten, wie das die
überaus fürchten und politisch grünen
„Grünen Rechte“ eines reaktionären poli-
tischen Sonnenreiters tun! Glauben denn
die Kreise oft und wehrlicher Hochzeiten
im Grunde, wir Nationalsozialisten, SA-
und Politiker, hätten darum unter der
genialen Führung Adolf Hitlers fast vier-
zehn Millionen deutscher Menschen aus
allen Verweisen und Ständen für die natio-
nalsozialistische Idee des Dritten Reiches
gewonnen, damit die Mitglieder des Her-
renraths auf unserm und des gesamten
deutschen Volkes lächerliche Experimen-
te machen dürften?

Darum hat sich z. B. der heutige Reichs-
kommissar in Preußen, der Zentrumspoli-
tiker Herr Dr. Bracht, der sich in unserem
Preußen nur dem Herr Reichspräsidenten
von Hindenburg verantwortlich fühlt, im
Jahre 1929 nicht an unsere Seite gestellt,
als wir mit dem sozialdemokratischen preu-
sischen Innenminister Albert Gumbert im
harten Kampfe lagen? In welchem Lager
kämpfte das Zentrumsmittglied Herr Franz
von Papen damals? An der Seite des mit
seiner Zentrumspartei verbündeten Mar-
xismus!!

Und die heute so anmaßenden Deutsch-
nationalen, die am liebsten die Geleis des
Kapp-Putsch wiederholt sehen, befanden
sich 1929 im Zustande der Zerstückung! Da-
mals, wie immer, waren es Adolf Hitler
und die Nationalsozialistische Deutsche Ar-
beitspartei allein, die den marxistischen Stier
bei den Hörnern packten und in die Arme
zwangen! Herr von Papen war doch in
jenen Jahren auch schon lange politisch
tätig, warum sind die Millionen, die am
Marxismus irre wurden oder die am Libe-
ralismus der verlogenen „Volksparteien“
verzweifeln, nicht zu Herrn von Papen,
Dr. Bracht, Freiherrn von Gahl, Dr. Meiß-
ner, Brand usw. gelaufen? Warum kam
der beste Teil des deutschen Volkes denn

zu Adolf Hitler, wenn er von Herrn von Papen regiert werden will? Warum wurde denn der Nationalsozialismus so gigantisch, warum gelang es gleich Zeit Herrn Dr. Hugenberg die Dezentrierung der vor ihm so starken Deutschnationalen Volkspartei zu zerstören, wenn Herr Dr. Hugenberg unserem Adolf Hitler so turnhoch überlegen ist? Warum hat sich denn der Herr Reichsminister Hugenberg am 9. November 1918 Herrn Friedrich Ebert und den anderen marxistischen „Vollbeamteten“ unterstellt und zur Verfügung gestellt, während für uns schon damals der Kampf gegen Friedrich Ebert und seine marxistische Revolte vornehmste Vaterländische Pflicht war? Warum, ihr Herren von der Ebertpresse in Berlin, Hamburg, Breslau, ihr Neumalweisen von der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ usw., habt ihr denn nicht die gewaltige deutsche Volksbewegung geschaffen, die den Marxismus überflügelt hat und die allein ihn überwinden wird?

Die gegenwärtigen Versuche der Reaktion von Hugenberg bis zum Herrenklub, Adolf Hitler auszuschalten aus der entscheidenden Stellung, sind Helferdienste für den Bolschewismus. Die Zeiten der Reaktion sind in Deutschland endgültig vorüber! Und es ist ein unerhörtes Verbrechen am deutschen Volk und an seiner Geschichte, wenn jetzt wie nach 1815 die dunklen Kräfte der Reaktion, die nämlich am 9. November 1918 und hernach bis auf den heutigen Tag lässlich und blamabel veragt haben, den Versuch unternehmen, den deutschen Bauer, Arbeiter und Handwerker um die Früchte ihres deutschen Freiheitskampfes zu bringen!

Wo die Reaktion regiert, gedeiht der Marxismus! Wo der Marxismus gedeiht, kommt er eines Tages zur Macht. Wo er an der Macht ist, gehen Volk und Staat zugrunde. Und wir Nationalsozialisten wollen nicht, daß Deutschland zugrunde geht. Darum lassen wir uns nicht zum Steigbügelhalter der Reaktion machen. Darum bekämpfen wir die Reaktion genau so wie ihre Feinde: den Marxismus und seine Gemeinheit!

Die Hugenbergpresse und die bürgerliche Presse vom Schlage der Ikarusmacherischen „DZ.“ reden dreist dem Staatsstreich das Wort. Man kann, das hat der 9. November 1918 gezeigt, mit der einen Hälfte des Volkes gegen die andere Hälfte den Staatsstreich durchführen. Man kann aber nicht mit einer hoffnungslosen Minderheit eine freischießende Nation vergewaltigen! Das lassen wir nationale Sozialisten nicht zu! Hüte dich, Reaktion! Daß deine Wirtschaftspolitik Mist war, haben verschiedene Perioden der letzten 13 Jahre eindeutig unter Beweis gestellt. Und mit Recht hat ein so kluger General wie Herr v. Schlieffer überdies, so auch in seiner Verachtung mit dem Landtagspräsidenten Herr und mir, erklärt: man könne auch mit 100 000 Bauern keine Diktatur im luftleeren Raum errichten.

Deutschland schaut in diesen Tagen und Wochen der Krise auf dich, V-Mann, Hitlerjunge, Amtsrichter, Parteigenosse und SS-Mann! Selbstverständlich ist aus un-

seren ehernen Mienen nur die Disziplin zum Führer zu lesen und zu erkennen. Man hat uns in diesen letzten fünf Jahren oft gefragt, ob unsere Herren die oft unerträgliche Spannung würden ertragen können. Sie haben alles ertragen und werden es in unerhöhltem Vertrauen zum Führer weiter ertragen!

Die Reaktion aber wird über kurz oder lang ihr vermessenes Spiel gegen Deutschlands Freiheit aufgeben müssen. Die Weltgeschichte hätte dann endgültig ihren Sinn verloren, wenn die Tage Metternichs in Deutschland noch einmal möglich wären!

Konferenz von Siresa eröffnet

Siresa, 5. September. Der auf Grund eines Beschlusses der Laujaner Konferenz gebildete Ausschuss für Zentral- und Osteuropa ist am Montag um 15.30 Uhr in Anwesenheit von

Vertretern sämtlicher eingeladenen Länder und des Völkerbundes unter dem Vorsitz seines Präsidenten Georges Bonnet in Siresa am Lago Maggiore zu seiner ersten Sitzung zusammengetreten.

Nach der Eröffnung legte der Präsident den Antrag vor, an den Konferenzarbeiten teilzunehmen. Der deutsche Vertreter, Hoffe, wies darauf hin, daß die Beibehaltung dieses Antrages einen Präzedenzfall schaffen würde. Auf Vorschlag Bonnets wurde der Vertreter des Völkerbundes als Beobachter zugelassen. Der Präsident wies dann kurz das Konferenzprogramm, wie es in Laujanne den Richtlinien nach festgelegt wurde. Zur Abfertigung der Konferenz und zur Unterbreitung wurde beschlossen, die Denkschriften der einzelnen Staaten nicht zu verlesen, sondern nur schriftlich einzureichen.

Wir bezeichnen im übrigen auf unseren Artikel über die Konferenz auf der 1. Seite der 2. Beilage der heutigen Ausgabe.

Scharfe Ablehnung der Landwirtschaft

Berlin, 5. September. Der Bundesvorsitzende des Reichslandbundes hat am Montag eine Entschließung gefaßt, in der es u. a. heißt: „So schnell und tatkräftig die Reichsführung in mancher politischer Beziehung gehandelt hat, so beunruhigend und enttäuschend ist das angekündigte Wirtschaftsprogramm der Regierung. Dieses ist ein Vorstoß in falscher Richtung. Das Arbeitsbeschaffungsprogramm ist eine komplizierte Finanzierungsmaßnahme, die die eigentlichen Ursachen des Zerfalls der deutschen Wirtschaft unbeachtet läßt. Die Wiederherstellung der deutschen Landwirtschaft als Hauptauftraggeber und Hauptabnehmer der deutschen gewerblichen Produktion ist Voraussetzung jedes Arbeitsbeschaffungsprogramms. Die Landwirtschaft muß feststellen, daß die Reichsregierung die Waffe des Einuhrkontingents zum Schutz der nationalen Produktion in dem durch die Notlage der Landwirtschaft gebotenen Umfang nicht anwendet. Das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Regierung ist nicht nur der Landwirtschaft keine Möglichkeit, durch den Markt zu wirken, sondern es bereitet sogar, die Fortführung der landwirtschaftlichen Produktion in dem bisherigen Ausmaß zu sichern. Jede Reichsführung, die sich nicht zu der wahrhaft konsequenten Führerschaft durchdringen, die deutsche Landwirtschaft und damit das deutsche Volk, Wirtschafts- und Staatsleben zu machen, muß scheitern.“

Amlicher Optimismus

Dr. Warmbold und Graf Schwerin von Krosigk zum Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung Berlin, 5. Sept. Reichswirtschaftsminister Dr. Warmbold und Reichsfinanzminister Schwerin von Krosigk machten heute über alle deutschen Rundfunkstationen Ausführungen zu dem soeben bekanntgegebenen Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung.

Dr. Warmbold streifte kurz die Ursachen der allgemeinen Wirtschaftskrise: Die Reichsregierung betrachte es als die wichtigste und vorrangigste Aufgabe, die Erwerbstätigkeit wieder zu beleben, die Arbeitslosigkeit zu heben und damit die Lebenshaltung der breiten Schichten des Volkes zu verbessern. Mit allem Nachdruck habe er zu erklären, daß bei allen Maßnahmen eine stabile Währung als feste Grundlage angesehen werde. Ereignisse der letzten Monate ließen eine günstige Beurteilung der Krisenlage zu. Durch den Betrag von Laujanne seien die äußeren Lasten des Reiches auf ein erträgliches Maß zurückgeführt. Da auch in der Weltwirtschaft die ersten Anzeichen einer Wiederbelebung bemerkbar seien, könne davon geteilt werden, daß wir uns dem Ende der Krise nähern (1).

Im Gegensatz zu allen früheren Maßnahmen, die sich in der Hauptsache auf die Vergebung öffentlicher Arbeiten beschränkt hätten, zielt das jetzige Programm vornehmlich auf eine Belebung der privaten Wirtschaft ab. Durch eine Distanzierung sollte man im übrigen eine weitere Entlastung bringen zu können.

Reichsfinanzminister Graf Schwerin von Krosigk ergänzte die Ausführungen des Wirtschaftsministers vor allem nach der finanzpolitischen Seite hin. Die Frage sei verständlich, ob sich finanzpolitisch vertretbar lasse, durch die Ausgabe der Steuergutscheine die Jahre 1934-1938 vorweg zu belasten, zumal das laufende Haushaltsjahr mit erheblichen Fehlbeiträgen der öffentlichen Hand in Reich, Ländern und Gemeinden abschließen werde. Er glaube jedoch, daß gerade diese Fehlbeiträge die Reichsregierung zu einem Vorgehen in der Richtung zwingen, wie es durch die neue Verordnung geschehe. Es werde in den Jahren 1934 bis 1938 leichter sein, die Ausfälle an Staatsentlastungen, die durch Einlösung der Steuergutscheine entstehen werden, auszugleichen, als wenn durch Fortsetzung des Schrumpfungsprozesses die Grundlagen für künftige Steuererträge völlig zerstört würden.

Bei der Auswahl der Maßnahmen komme es

darauf an, von verschiedenen Seiten her einen konzentrischen Druck auf die Arbeitslosigkeit auszuüben. Der Finanzminister beauftragte sich damit, den verschiedenen Verwendungsstellen der Steuergutscheine, sobald sich ein Markt für die Gutscheine entwickle, werde die pflichtige Behandlung dieses Marktes eine besonders wichtige Aufgabe der Reichsregierung sein.

Steuereinsparungsheine für die Reichsbahn Berlin, 5. September. Die Reichsbahn wird für die Zeit vom 1. Oktober 1933 bis 30. September 1933 ihre Beförderungssteuer in voller Höhe in Form von Steuereinsparungsheinen zurückvergütet erhalten. Da man die Höhe der Beförderungssteuer auf etwa 190 Millionen Reichsmark je Jahr schätzt, wird also die Reichsbahn in dieser Höhe aus Steuereinsparungsheinen erhalten, und zwar monatlich etwa 15 Millionen. Inwieweit die Reichsbahn diese zu fälligen Mitteln zu Aufträgen verbuchen kann, wird davon abhängen, inwieweit sie die Scheine flüssig machen kann.

Bericht des Mandschuren-ausschusses unterzeichnet

Peking, 5. September. Der Bericht des Mandschuren-ausschusses des Völkerbundes wurde noch neunmonatiger Untersuchungsarbeit (1) am Sonntagvormittag auf dem Balkon des deutschen Krankenhauses in Peking unterzeichnet. Der Bericht ist etwa 400 Seiten lang. Am Schluß der Unterzeichnung wurde der Ausschuss aufgelöst. Je ein Abzug des Berichtes wurde der chinesischen und japanischen Regierung in beschlossenen Umschlägen überreicht, die erst geöffnet werden sollen, wenn das Original in Genf eingetroffen ist. Vorläufig befindet sich das Original noch in Peking, da noch keine Entscheidung über die schnellste Beförderungsmöglichkeit getroffen worden ist. Vor Sitzung erklärte, daß der Bericht einstimmig gefaßt worden sei.

Protest gegen Kontingentierungsmaßnahmen

Die drei hanseatischen Handelskammern Hamburg, Lübeck und Bremen, haben anfänglich einer Tagung in Hamburg folgendes Telegramm an den Reichsstatler und die übrigen Mitglieder des Kabinetts gefaßt:

„Die in Hamburg versammelten Handelskammern der drei Hansestädte Hamburg, Lübeck und Bremen sind voll ernter Beforgnis über die jetzigen Maßnahmen wegen der Kontingentierung einer Reihe wichtiger Einfuhrartikel. Bei kürzlichen Besprechungen in Berlin haben Vertreter der Kammern von maßgebender Stelle Zusagen erhalten, daß vor endgültigen Einfuhrbeschränkungen die beteiligten hanseatischen Wirtschaftskreise gehört werden sollen. Wägen nachträglich, diese Zusage jetzt zu erfüllen. Eingehen auf einseitige Forderungen der Landwirtschaft würde die deutsche Gesamtwirtschaft, insbesondere ihre Exportfähigkeit, auf das schwerste schädigen, indem dadurch die Beschäftigung aller mit dem deutschen Außenhandel verbundenen Erwerbstätigen in Industrie, Handel und Schifffahrt zwangsweise noch mehr drohete. Weitere Zunahme der schwer drückenden Arbeitslosigkeit müßte unabwendbare Folge sein.“

Der Sohn der Suedt

ROMAN VON WILHELM MÖLLER-CRIVITZ

58. Fortsetzung

Der Vorarbeiter wird schon da sein. Wollen reingehen. Dort kriegen wir Schuppen und Sack.

Gerd nicht und schritt neben ihm her. In der Baracke saßen an langen Tischen auf kleinen Stühlen etwa fünfzig Arbeiter. Gerd hatte nur einen schlingigen Blick hineingeworfen. Dann trat er wieder auf den Platz zurück. Die Luft in der Baracke war schanderhaft. Er dauerte nicht lange, bis der Platzmeister kam.

„Hst, das ist er“, sagte Heini leise zu Gerd. „Wollen ihm entgegen gehen.“

Heini trug sein Anliegen vor. Der Platzmeister sah Gerd einen Augenblick forschend an. Dann fragte er, wo er bereits gearbeitet habe.

Auf den Gewerkschaften in Altona und um auf verschiedenen Böden.“

„Zeigen Sie mal Ihre Papiere her.“

Gerd hst sich auf die Unterlippe, Bögersd übergab er dem Meister seine Zvalidentkarte und die Schlüsselheine.

„Wenn Ihnen diese genügen.“

„Sind Sie Arbeiter?“ fragte der Meister nachdenklich.

„Ich kann arbeiten.“

„Was haben Sie denn vorher gemacht? Diese Papiere beweisen nicht viel.“

„Meine Polzeikarten sind einwandfrei, Herr Platzmeister. Ich... ich habe Unglück gehabt. Nun muß ich mein Brot so verdienen.“

Der Platzmeister sah gelangweilt auf die Papiere.

„Versuchen Sie es mit mir. Ich muß Geld verdienen.“

Zimmer noch unschlüssig hand der Platzmeister vor ihm. Er sah Gerd an. Etwas lag in diesem

stittenden Blick, das ihn mitleidig stimmte.

„Es ist nicht meine Gewohnheit, ungeliebte Arbeiter und Neulinge einzustellen. Habe mit Euch Studenten keine guten Erfahrungen gemacht“, sagte er dann fast schroff und wandte sich ab.

„Na, fangen Sie mal an. Ich will sehen, ob ich Sie behalten kann.“ Gerd bekam eine Schaulen und Epishade und schritt neben seinen Kollegen.

Langsam graute der Morgen, aber immer noch lag der feuchtsalte Nebel über der Erde.

Auf Altonaer Heini hatte Gerd seine Schlafstelle in der Stadt aufgegeben und Unterkunft bei einer Kollfrau in Varenhof bei Bodum gefunden, bei der auch Heini neuerdings wohnte. Einem besseren Eindruck als seine bisherige Wirtin machte auch diese nicht. Auch die Dachkammer kam ihm genau so elend vor wie die frühere. Heini jedoch meinte, der Vorteil liege schon in der Lage. Er brauche nun nicht mehr eine Stunde zu tippen, um zur Arbeit zu kommen. Außerdem sei seine Kammer, weil sie einen separaten Ausgang habe, auf alle Fälle sicherer.

Die Kollfrau lächelte, als Gerd ihr den reichlich bemessenen Preis zubilligte. So wohnten noch mehr Arbeiter bei ihr, lauter robuste, ungeschlagene Gesellen, denen man die Vorliebe für Alkohol und Kartenpiel gleich ansah. Gerd schloß sich von ihnen sofort ab.

Die Tochter der Kollfrau, ein junges, schwarzhaarig Ding von 18 Jahren und nicht ohne Reize, in deren Zügen man schon manche interessante Nacht lesen konnte, schien Gerd an Gerd zu finden. Sie erriet sofort, daß er aus besserem Hause war. So etwas reizte ihren Ehrgeiz und bestimmte sie, ihm gegenüber nicht die allerschlechtesten Mittel der Koketterie anzuwenden. In seiner

Gegenwart zwang sie sich, still, mädchenhaft verschüchtert zu sein, wodurch sie schon mehr als einmal seine Aufmerksamkeit erregt hatte.

Alle alle vorstichtigen Versuche, Gerd mehr für sich zu interessieren, waren bislang fehlgeschlagen, obgleich sie all ihre Gedanken darauf verwandte. Das beirrte sie indessen nicht. Einmal würde er ihr ihre Wünsche doch erfüllen. Sie war schon zu freudig, daß Gerd selten ausging und seine Briefe von anderen bekam. Da bestand Aussicht...

Am einem warmen Sommerabend sah Gerd in seiner Kammer. Den Kopf hielt er in der Hand geküßt. Maria hatte sich leise zu ihm hinzugeschlichen, um ihm Wasser zu bringen. Die Sonne warf ihre letzten roten Strahlen durch das schräge Dachfenster und spielte mit ihren traurigen Haaren. Als ob sie wüßte, wie schön sie in diesem Augenblick aussah, blieb sie regungslos an der Tür stehen.

Gerd sah überaus auf. Wirklich, so hatte er sie nie gesehen. In den dunklen Augen glimmerte etwas Geheimnisvolles und die vollen Lippen glänzten. Der herrlich gerundete Brust und die schlanken und doch weichen Hüften wirkten verheißungsvoll. Sie hatte den Wassertrug nach auf die Schulter gelegt.

Heber Gerts Jüge lag ein leises Zittern. Er merkte es und zwang sich zur Ruhe. Unwillkürlich sagte er leise, fast schmeichelnd:

„Komm doch näher, Ma.“

Während sie langsam ins Zimmer trat, glitten die roten Sonnenstrahlen über ihr gebräuntes Gesicht. Dazu lächelte sie so verträumt, daß Gerd für einen Augenblick die Lider schliefen mußte. Dann stellte sie den Wassertrug auf die Bank.

Gerd richtete sich langsam auf. Auch in seinem Blick glimmerte eine heiße Erregung. Mit einem Blick schloß er sie in seine Arme und sah sie fragend an. Sie lächelte ermunternd. Während er ihren geheimnisvollen Körper fast furchte, sagte er leise, stotternd:

„Du bist sehr schön, Ma. Weißt Du das?“

Sie lächelte glücklich.

„Wenn Du es mir sagst, will ich es glauben. Die andern haben es mir schon oft gesagt. Aber die andern...“

Der Nachschlang beachtlich.

„Gibst Du nichts auf die andern, Ma?“, fragte Gerd und nahm ihr Gesicht zwischen die Hände.

„Ach die...“

„So? ...“

Sie schob die Unterlippe vor.

„Du bist ganz anders als die.“

„So? ...“

„Die sind gemein.“

„Und ich bin ein Prolet, Ma.“

„Nein, Du bist ein... ein...“

Gerd schloß die Augen. Ihm war es, als klinge durch ihre Worte eine Erinnerung. Dann strich er sich über die Stirn, um das Bild fortzuwischen. Das Mädchen beobachtete dies ängstlich.

„Sie haben keine Manieren, die andern da unten. Die wissen nicht, was ein junges Mädchen liebt.“

„Und was liebt das junge Mädchen?“

„Ein Abenteuer!“

Sie sah nach der Tür, die nur wenig offen stand. Gerd schloß sie schnell ab.

„Wo ist Deine Mutter?“

Sie neigte an ihrem leichten Kleide.

„Im Kino. Es wird heute spät werden, bis sie zurück ist.“

Aufgeregter stand Gerd vor ihr. Er ballte die Hände. Das Mädchen erriet seine Gedanken und kam auf ihn zu. Auch ihr Atem ging schneller. Ihre zitternden Lippen suchten nach seinen. Dann verknüpfte sie die Hände im Nacken.

Gerd sah an ihr vorbei auf sein Bett. Sie stand den Blick und — lächelte.

(Fortsetzung folgt.)

Reaktion!

Schamlose deutschnationaler Beschimpfung unserer zum Tode verurteilten Kameraden Hannover. Wer noch irgend einen Zweifel gehabt hat am moralischen Niedergang unserer ausführenden „Waffenbrüder“ von gestern, dem liefert die „Niederdeutsche Zeitung“ (bzw. „Hildesheimer Abendblatt“) einen Beweis, der in der Niederträchtigkeit der Gesinnung kaum mehr zu überbieten ist.

In einem Artikel „Der Fall Gorbeltz“ (Nr. 201 vom 27. 8.) benützt dieses nationalverdrämte Heftblatt der reaktionären Dorfstümpe und schwarz-weiß-roten Selbstpatrioten eine Beschimpfung des Zentralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens an den Reichspräsidenten gegen angebliche nationalsozialistische Bestrebungen zu einer geradezu unfaßlichen Parteinahme für die „armen, verfolgten“ Juden u. in dem es schreibt (Hervorhebungen von uns):

„Nicht nur die Mädficht auf den Reichspräsidenten sollte in diesem Falle davon abhalten (nämlich schonungslos und ohne Ausnahme den „deutschen“ Juden die Mäste vom Gesicht zu reißen), sondern auch die Erwägung, daß der C. B. dann austrumpfen und wie schon immer sich als verfolgtes Unschuldslämmchen aufspielen könnte. Außerdem könnte solches In-einen-Topf-Werfen den Verband national-deutscher Juden von seinem Bemühen um eine Einbeziehung (O heilige Einfalt!) der Staatsbürger jüdischen Glaubens schließlich ganz abschrecken und ihn womöglich ins C.-Lager der jüdischen Solidarität um jeden Preis abtreiben.“

Wir sind dankbar für diese Selbstentlarbung völliger Heuchelei. Wir haben nie

etwas anderes von dieser kapitalistischen Partei nationaler Knochenerweichung erwartet. Wir hätten auch keinen Grund, diese Talsache besonders festzuhalten, wenn damit nicht eine schamlose Beschimpfung unserer in Weichen zum Tode verurteilten Kameraden verbunden wäre. Das Blatt erdreißt sich zu schreiben:

„Wir sind sogar der Meinung, daß es wertvollere auch jüdische Mitbürger gibt, als etwa den Gemeindevorsteher Pg. Bachmann, Potempa.“

Das ist nicht mehr eine Geschmackslosigkeit, sondern ein faustisches in das Gesicht eines jeden ehrlichen Nationalsozialisten, ja eines jeden gesund empfindenden Deutschen. Das ist ein jämmerlicher Kotau vor dem ganzen politischen Verberderium, dem unser unerbittlicher Kampf seit Jahren gilt. Das ist das jüdische Gegenbildnis eines Tiefstandes deutscher Gesinnung, wie wir ihn auch bei den Vorgefährten noch nicht vermutet hatten. Das ist die widerliche Frage der Reaktion! Wo wären denn die Auf-nationalen, wenn nicht Männer wie unsere verurteilten Kameraden gewesen wären? Wohin sollten sie dann ihre Väterlichkeit machen, wie sollten sie immer noch ihrem bornierten Standesdünkel fröhnen können, wenn wir ihnen nicht die bolschewistische Weltanschauung, die sie allerdings längst verdient hätten, selbstlos vom Leibe gehalten hätten? Jetzt ist es genug! Sie haben die völkischfeindliche Front geschlossen, vom alten Scheinrat bis zum Hamburger Transportarbeiter Thalmann, der Verdrämung nach verschiednen, dem Vorzeichen nach ungleich, im Wesen daselbst:

Kommunistischer Einbrecher erschießt Polizeibeamten

Sensburg (Märkische), 5. Sept. Bei dem Verwalter der Schießstände in Merstorf hatten in den letzten Nächten Einbrüche stattgefunden, bei denen Schloß, Tresor und auch Geld gestohlen wurden. Zur Gideung legte die Polizei-Sensburg zwei Beamte nachts dort hin. In der Nacht zum Montag erschienen wiederum kurz nach 22 Uhr ein Mann und versuchte einzubrechen. Er leuchtete mit der Taschenlampe, worauf die Beamten „Hände hoch!“ riefen. Im selben Augenblick hob der Einbrecher einen Schuß ab und tötete den Beamten, den Polizeihauptmannmeister Baal. Der andere Beamte erwiderte das Feuer. Nach mehrmaligem Auechsel wurde auch der Einbrecher erschossen. Es handelt sich um einen Kommunisten namens Schmidt aus Merstorf.

Beginn der preussischen Divisionsmanöver

Elbing, 5. Sept. Am heutigen Montag begannen im Westen der Provinz die großen preussischen Divisionsmanöver. Die Teilnahme der Be-

völkerung ist außerordentlich stark und auch die Behörden sind zahlreich vertreten. Die Städte Elbing, Braunsberg, Preußisch-Holland, Wörlitz und Liebstadt sind, wie zahlreiche Dörfer in den Kreisen, mit Militär belegt. Besonders Interesse wird die Anwesenheit des Reichswehrministers von Scheiner erregen, der am Dienstag den Manövern als Gast beizutreten wird. Die Leitung des Manövers liegt in den Händen des Gruppenkommandeurs General Goltz, Berlin. Die kleinen Truppen werden vom Generalleutnant von Wambert, dem Bezirkskommandeur, die roten von dem Generalleutnant, Generalmajor von Rades-Allenstein geführt. Die Kämpfe des ersten Tages spielen sich um den Übergang über die Passarge ab.

Erpichtsmuggelschiff in dänischen Gewässern aufgebrochen

Kopenhagen, 5. Sept. Einem dänischen Zollfaher ist es Montag früh gelungen, den größten Gang in der Geschichte des dänischen Zollwesens zu machen, indem der Kutter den angeblich erpichtigen

Frachtdampfer „Pollux“ mit einer Schmuggelspritladung im Werte von mindestens einer halben Million Kronen vor Kooge aufbrachte. Der Kapitän des „Pollux“ erklärte, er habe Kohlen an Bord und Jahre nach Malmö. Als man jedoch sah, daß an Bord der „Pollux“ eine große Deckladung unter Säcken lag, hielt der Zollfaher den Dampfer an. Drei Mann gingen an Bord. Die Mannschaft des „Pollux“ versuchte, Spritzen an Bord zu werfen, was aber verhindert wurde. Nach kurzem Kampf wurde die 14töfige Mannschaft des Schmuggelschiffes überrollt. Das

Schiff wurde nach Kopenhagen gebracht, wo Untersuchungen darüber angestellt wurden, woher der Sprit kommt und an wen er gerichtet war. Es handelt sich um über 30.000 Liter Sprit.

Deutscher Imitator in Kopenhagen gestorben
Kopenhagen, 5. Sept. Der deutsche Imitator Karl Braun, der ein paar Tage in Dänemark mit großem Erfolge aufgetreten ist, ist einem Herzschlag erlegen. Braun war 56 Jahre alt. Er war besonders bekannt als Imitator von bekannten Dichtern.

„Kommune in Anmarsch, räumt das Lager!“

Ein heißer Sommertag ging zur Neige. Erbarmungslos brannte die Sonne vom wolkenlosen Himmel — müde und matt liegt das Jungvolk jetzt in seinen Zelten. Nur die zwei Mann Waage sitzen schlaftrunken am verloschenden Feuer.

Pöflich fährt die Waage aus dem Halbschlaf empor. Irgendwas stimmt nicht. Gebämpte Stimmen bringen von der Straße herüber, dann hirtischen Schritte über das holprig Pfister — ein Sprung.

Wieder ist alles ruhig. Nichts ist im Halbschlaf der Nacht zu sehen. Noch weiß die Waage nicht, was eigentlich los ist, da raschelt es wieder im Grase, irgendwer hustet, hustet laut und ausdrücklich.

Den beiden Posten wird es unheimlich. Mit ihrem Scheinwerfer suchen sie langsam das Gelände ab und schieben sich gegen die Straße vor, von wo die merkwürdigen Geräusche kamen.

Wieder trägt der Wind Stimmengeschnatter an ihr Ohr. Auf ihren Anruf hin springen drei Gefellen auf und verschwinden schattenhast in der Dunkelheit.

Die Wachposten sitzen wieder am Feuerplatz. Alle Müdigkeit ist vergangen — ganz wach sind sie und mit großen Augen starren sie in das Dunkel, lauschen gespannt auf jedes Geräusch. Da, von der anderen Seite schleicht etwas heran, sind es zwei oder mehr, sie wissen es nicht.

„Wer da?“ Da entschwindet der Spuk wieder. So das Vorspiel. — Pöflich stellt die Jungmannführer mit zwei Begleitern vor ihnen.

„Hier ein Befehl!“
Der Schein der Taschenlampe entziffert der Posten mühsam die Worte:

„Kommune in Anmarsch, räumt das Lager!“ Ein Postlager ist zu beziehen.“
Der Posten verschwindet, um dem Lagerkommandanten Meldung zu machen.

Noch liegt das Lager im tiefsten Schummer. In einer Linie sind die Zelte aufgebaut und ausgerichtet. Am Walbrand sind die Vorratskammern. Richtig kleine Unterstände haben die Jungen gebaut, um in ihnen ihre Vorräte aufzubewahren. Hinter einem Zelt steht ein Kochtopf — Erbsen quellen dort — das Mittagsschmalz des kommenden Tages.
Die Stille der Nacht wird jäh unterbrochen. Unsanft werden die kleinen Schläfer aus

ihren Träumen gerissen. Wachen. Ein schweres Wert, doch es gelingt.

Innerhalb von 10 Minuten stehen bereits 40 Jungen angetreten und fertig zum Abmarsch. Noch sind die Augen voller Schlaf — manchem ist es nicht ganz unangehmer, aber was hilft's? Durchzählen. Die Zählrader kommen an den Schluß. Dann geht es hinaus aus dem Lager, hinein in den dunklen Wald. Kein unheiliger Darm. Nur manchmal knarrt ein Zweiglein.

Ein Nachschuß klagt. Am Himmel blinken die Sterne.

Da ist die Eisenbahn, die Schranke ist heruntergelassen. In der Ferne donnert ein Zug. „Hinterlegen!“ Eng an den Boden geschmiegt lassen die Jungen den Zug vorbeiziehen. Wenn der Zugführer wachte. . .

Ueber die Geleise geht es zum Postlagerplatz. Posten werden ausgestellt. Recht gibt es zu warten. Parole ist „Oranien“, „Wilhelm“ die Antwort.

Schließlich klärt sich die Lage: Probealarm! — „So 'ne Freiheit, uns in der Nacht herauszuholen.“ Antreten. Rückmarsch.

Gewaltiger RVA-Aufmarsch

Unter dieser Ueberschrift schreibt das Blatt „Arbeit und Recht“ des Reichsverbandes vaterländischer Arbeiter u. a.: „Danach fand ein Unmarisch durch die Straßen von Zeulenroda statt, an dem sich 1500 nationalwirtschaftliche Arbeitervertreter mit ihren Kampffahnen beteiligten.“

Da hat der nationalwirtschaftliche Beirichterfahner durch das Vergrößerungsglas gesehen. Wahr ist, daß an dem Unzuge genau gezählt, 405 Personen teilgenommen haben, einschließlich Musit nebst 126 Personen weiblichen Geschlechts.

Weil das Interesse der deutschen Arbeiterschaft an dem von einem Klassenfeindlichen Unternehmertum so gern gefeierten Werkvereinen so sehr gering ist, wird freischöllig die Wahrheit „korrigiert“.

Parkhaus im Bürgerpark

Von der Donau bis zum Rhein ein farbenprächtiges

„Alte deutsches Heimatspiel“

sprechende, singende und tanzende deutsche Geschichte Alle

grüßt die Heimat

und ladet sie herzlichst zu einigen Stunden frohen Heimaterlebens ein.

Nachm. 4 Uhr 20 A. Abends 8 Uhr 30 A.

Kauft nicht im Warenhaus!

Qualitäts = Möbel

große Auswahl / Aparte Modelle / Niedrige Preise

Johann Heinr. Meier

Billard- und Möbel-Fabrik

Düsternstr. 137-138, gegenüber den Centralhallen

Nur 5.-Anzahlung

u. monatlich RM 5.- zahlen Sie bei uns für einen guten Staubsauger wie Progress, Protos sowie andere Fabrikate

C. & H. Bierschenk

Zweigstelle Bremen, Oberstraße 52-54

Telephon: Domsheide 238 17

Bitte hier abtrennen und dem Verlag zufenden!

Deutliche Schrift ausdrücklich erbeten!
Die Erledigung jeder Bestellung hängt von der Erfüllung dieser Bitte ab.

Herr/Frau/Fräulein **Bestellzettel**

Beruf: _____

Wohnort: _____ zuständige Post: _____

Straße: _____ Nr. _____

Bestellt hiermit zur laufenden Lieferung ab _____ 19 _____

1 Exemplar BZ
Bremer nationalsozialistische Zeitung

Bezugspreis monatlich RM 1.90
durch Träger frei Haus bei Zustellung durch die Post 36 Pfg. Zustellgebühr.

_____ den _____
Unterschrift: _____



Die Zeugmestereien nehmen von jetzt ab Gutscheine unserer Firma, der Sturm-Zigarettenfabrik, Dresden, in Zahlung. Gutscheine und Uniformbilder liegen auch weiterhin allen Packungen unserer Sturm-Zigaretten bei.

Ein Gutschein-Punkt ist 2 Pfg. — Wir bitten, die Gutscheine in Packchen zu bündeln.

Bei dieser Gelegenheit machen wir darauf aufmerksam, daß aber leere Trommler-Packungen, wie auch alle anderen leeren Markenpackungen unserer Firma keinen Sammelwert besitzen.

STURM ZIGARETTEN G.M.B.H. DRESDEN
Trommler 3 1/2 - Maern 4 - Sturm 5 - Neue Front 6



Das Ziel aller Familien in Stadt u. Land

Mein Heim-meine Welt

Nordwestdeutsche haus- und volkswirtschaftliche Ausstellung

Bremen „Centralhallen“ (Eingang Breitenweg)

7.-14. September 1932 • Mittwoch, den 7. September, 11 Uhr vormittags Eröffnung

Die sehenswerte Ausstellung hat folgende Gruppen:

1. Volksernährung, 2. Mehlene, 3. Maschinen und Geräte, 4. Haushaltsartikel, Gold- und Silberwaren, Bijouterie, 5. Musik und Radio, 6. Spielwaren, 7. Blumen und Pflanzen, Gartenpflege, 8. Textilwaren, 9. Möbel- und Holzindustrie, 10. Bausparen und Versicherungswesen, 11. Neuheiten und Erfindungen, 12. Große Persil-Sonderschau im Tunnel, 13. Bürobedarf, 14. Das Wochenende, 15. Im zweiten Tunnel: Der Garten zur Erholung

Mannigfache Kostprobenverteilung — Glasbläserei — Kunsttöpferei in Tätigkeit — Zahlreiche praktische Vorführungen

Große Verlosungen

Lose à 50 Pfg. sind nur auf der Ausstellung zu haben. (Reingewinn für wohltätige u. kulturelle Zwecke)
Hauptgewinne: Zimmer- u. Kücheneinrichtungen, Oefen, Musik-Apparate, Einzelmöbel, Haushaltsartikel, Schreibmaschine usw. 1800 Gewinne

Alle Familien werden hierdurch zu zahlreichem Besuch eingeladen

Geöffnet: Täglich 10 bis 22 Uhr
Eintritt: Erwachsene 50 Pfennig
Kinder 20 Pfennig

Verband bremischer Bürgervereine eV. Hausfrauenverein Bremen eV.

Amtl. Bekanntmachungen

Dem Tierheim des Bremer Tierfuchsbereins übergeben: 2 Jagdhunde ohne Hundegeld. Meldung innerhalb 24 Stunden im Tierheim, verlängerte Demittage, sonst wird über die Tiere verfügt.
Polizeidirektion.

Der Bedarf an Lebensmitteln der Polizeistellen für die Monate September und Oktober 1932 wird am Donnerstag, den 8. September 1932, nachmittags ab 4 Uhr, in der Polizei-Unterkunft Stadterstraße, vergeben.

Bedarfsnachweis mit Lieferungsbedingungen liegen im Zimmer 213 der Polizei-Unterkunft Stadterstraße in der Zeit von 7-15,30 Uhr zur Einsicht aus. können dort gegen Zahlung von 25 Pf. beggert werden.

Verpflegungskommission der Polizeidirektion (Cpjo).

Öffentliche Versteigerung

Donnerstag, den 8. September 1932, vormittags 10 Uhr, wird die öffentliche Pfandversteigerung, Angebots Nr. 76 (Hinterhaus) durch den beidseitigen Versteigerer Joh. S. von Freeden, Landwehrstr. 88, die bis zum 10. 8. 1932 einfiel, verfallen nicht beizugehender Pfänder bis Nr. 60229 (einkl. Gold- und Silberwaren, Fahräder, Garderoben usw.) öffentlich meistbietend versteigert werden. Erneuerung oder Einlösung der Pfänder muß erfolgen bis zum 7. September 1932.

Der Plan über die Auslegung eines Fernsprechnetzes auf der Alster Deerpstraße, vom Dorf Arfen bis zum Bahnhof Drehe, liegt bei dem Telegraphenbauamt in Bremen, Fernsprechnetzabteilung, Komturstr. 2a, vom 6. September 1932 ab 4 Wochen aus.

Bremen, den 31. August 1932.
Telegraphenbauamt.

Gerichtl. Bekanntmachungen

(Nr. 74). In das Handelsregister ist eingetragen:

Am 3. September 1932:

1) Kaufmann Hermann Franz Hugo

Nicolaus Heße und Albine Johanne

Hentzette, geb. Knd. Lindenhorst, 24.

2) Kaufmann Johann Friedrich Klingenberg und Friederike gent. Friedel Dorothee, geb. Behlser, Josef Haydn-

straße 6.

3) Kaufmann Gotthard Rudolf Felix Thiene und Helene, geb. Witte, Vor-

kurstr. 15.

haben Gütertrennung vereinbart.

Amtsgericht Bremen.

Zwangsvollstreckungen.

Dienstag, den 6. September 1932,

im Gerichtshaus, Zimmer Nr. 171:

1) Carlshofenstraße Nr. 2 u. Magde-

burgerstraße von Martin Rasmus

Mortensen Chefrau,

2) Banjastraße Nr. 190 von Louis Con-

rad Hermann Redeweg,

3) Hietrichsweg Nr. 23 von Johan-

nes Schäfer,

4) Franz Saffstraße Nr. 15 v. Friedrich

Wilhelm Weber,

5) Hohetorstraße Nr. 71 von Johann

Friedrich Rudolf Muge,

6) Silberstraße Nr. 10 von Christl En-

ken Bernhard Banderhuf Witwe und

Mittelgut,

7) Am neuen Markt Nr. 13 von Her-

mann Meyer,

8) Jacobstraße Nr. 16 von Ferdinand

Bermann Christian Reimann Witwe.

ber 1931 aufgehoben §§ 7, 8 und 14

und verändert wieder in Kraft.

Internationaler Waren-Clearing Ge-
sellschaft mit beschränkter Haftung, Bre-
men: An Friedrich Wilhelm Kufen-
kampff und Edgar Reimers, beide in
Bremen, ist in der Weise Protura er-
teilt, daß sie berechtigt sind, gemein-
schaftlich die Gesellschaft zu vertreten.

Ernst Meyer, Bremen: Das Geschäft
ist mit sämtlichen Aktiven und Passiven
an den Kaufmann (Juwelier) Louis
Ernst Paul Meyer in Bremen ver-
äußert. Dieser führt es unter unver-
änderter Firma fort.

Amtsgericht Bremen.
(Nr. 75). In das Handelsregister ist
eingetragen:

Am 3. September 1932:

1) Kaufmann Hermann Franz Hugo
Nicolaus Heße und Albine Johanne
Hentzette, geb. Knd. Lindenhorst, 24.
sowie unter Ausschluss der Passiven mit
dem Recht zur Fortführung der Firma
auf die neu gegründete Kommanditge-
sellschaft unter der Firma dieser Ge-
sellschaft übertragen. Die bisherige Ge-
sellschaft wird unter der Firma Menge
Pump & Co. fortgeführt. Die an Ernst
Petersmann und Wilhelm Kufenkampff
erteilten Protura sind erloschen.

2) Kaufmann Hermann Franz Hugo
Nicolaus Heße und Albine Johanne
Hentzette, geb. Knd. Lindenhorst, 24.
sowie unter Ausschluss der Passiven mit
dem Recht zur Fortführung der Firma
übernommen. Schlußsatz 80.

Amtsgericht Bremen.

In das Güterrechtsregister ist ein- getragen:

Am 3. September 1932:

1) Kaufmann Hermann Franz Hugo

Nicolaus Heße und Albine Johanne

Hentzette, geb. Knd. Lindenhorst, 24.

2) Kaufmann Johann Friedrich Klingenberg und Friederike gent. Friedel Dorothee, geb. Behlser, Josef Haydn-

straße 6.

3) Kaufmann Gotthard Rudolf Felix Thiene und Helene, geb. Witte, Vor-

kurstr. 15.

haben Gütertrennung vereinbart.

Amtsgericht Bremen.

Zwangsvollstreckungen.

Dienstag, den 6. September 1932,

im Gerichtshaus, Zimmer Nr. 171:

1) Carlshofenstraße Nr. 2 u. Magde-

burgerstraße von Martin Rasmus

Mortensen Chefrau,

2) Banjastraße Nr. 190 von Louis Con-

rad Hermann Redeweg,

3) Hietrichsweg Nr. 23 von Johan-

nes Schäfer,

4) Franz Saffstraße Nr. 15 v. Friedrich

Wilhelm Weber,

5) Hohetorstraße Nr. 71 von Johann

Friedrich Rudolf Muge,

6) Silberstraße Nr. 10 von Christl En-

ken Bernhard Banderhuf Witwe und

Mittelgut,

7) Am neuen Markt Nr. 13 von Her-

mann Meyer,

8) Jacobstraße Nr. 16 von Ferdinand

Bermann Christian Reimann Witwe.

Amtsgericht Bremen.

Herbin-Stodin
Kopfschmerzen
Rheuma-, Muskel- und Nervenschmerzen.
Verlangen Sie daher in der Apotheke nur
Herbin-Stodin und Sie werden angenehm
Überrascht sein.
H.O. ALBERT WESER, MAGDEBURG

Jeder kann werben!
Ob Sie Schneiderin sind oder Tischlermeister, ob Sie ein offenes Geschäft haben oder in der Wohnung arbeiten, — Sie müssen den Leuten sagen, was Sie können. Dann werden Sie mehr zu tun haben und mehr verdienen. Wie war's mit einer kleinen Anzeige in der BNZ, als Versuch?

Stadttheater
Heute
Dienstag, 20 Uhr,
9. Abonnements-Vorstellung
Rigoletto
Mittwoch, 20 Uhr,
10. Abonnements-Vorstellung
Der fliegende Holländer
Donnerstag, 20 Uhr,
11. Abonnements-Vorstellung
Mignon
Versäumen Sie nicht, jetzt noch ein Abonnement zu bestellen!
Die bestellten Abonnements liegen zum Abholen bereit.

Schauspielhaus
Heute
Dienstag: 8, Ende 10.15 Uhr;
2. Sonder-Abonnement „Dienstag“
FLIEGER
Schauspiel von Hermann Rossmann
Mittwoch:
2. Kammerstück „Mittwoch“
Das hinführende Lustspiel
ROULETTE
Lustspiel von Ladislaus Fodor
Donnerstag: **ROULETTE**

RABATT
auf alle Waren außer Zucker
Sparfame Hausfrauen
wissen den Wert des vorteilhaften Einkaufs zu schätzen. Deshalb kaufen sie ihren Kaffee, Tee, Kakao, Schokolade, Keks sowie den Küchenbedarf an Nudeln, Dörrobst, Reis, Öl, Margarine, Kokosbutter usw. bei Tengelmann. Hier haben sie die Sicherheit, beste Qualitäten für niedrigen Preis zu bekommen. Außerdem gibt es auf alle Waren (außer Zucker) 5% Rabatt in Marken.

Tengelmann
KAFFEE-GESCHÄFT
Reindeutsches Familienunternehmen
Bremen, Bischofsnadel 1, Fahrenstraße 21

Schreibmaschinen und Vervielfältigungsapparate
neu und gebraucht, billig
Carl H. Grothe
Ansgaritorstraße 17

Viktoria
Pflanzspiele — Edgstr. 46
Anny Ondra
in
FLEDERMAUS
nach der weltberühmten Operette von Joh. Strauß
Ferner im stummen Programmteil:
Kampf ums Leben
dazu:
FOX tönende Wochenschau und das erstkl. Beiprogramm
Beginn 11 Uhr vormittags! 20.30 Uhr letzte Vorstellung 24.20 Uhr
Kleine Preise

Achtung Tabakhändler!
Die von den Herren Binner und Fuchs für Donnerstag, d. 8. September, im kleinen Casino-Saal einberufene Versammlung hat nichts mit der NSDAP. (Hitler-Bewegung) zu tun.
Kreisleitung der NSDAP., Bremen

Aus Bremen Stadt und Staat

Unsere Hitlermädel

Auch der „Bund deutscher Mädel“ in der „Hitlerjugend“ nimmt teil am 1. Reichsjugendtreffen in Potsdam.

Das große Erleben, das ihrer dort wartet, wird unserer Jugend neuen Glauben und feste Zuversicht in die deutsche Zukunft geben. Die Teilnehmerinnen an historischen Stätten, wo sie in treuer Gemeinschaft mit vielen tausend Kameraden die Worte des Führers vernahmen, werden eine heilige Begeisterung in ihnen entfachen, die allen neue Kraft und doppelter Arbeitsfreude verleihen wird. Darum geht unsern Hitlermädeln für den 1. und 2. Oktober Urlaub nach Potsdam. Der 3. Oktober wird alle gekraft und schaffensfrohen an der Arbeit sehen.

Bund deutscher Mädel in der Hitlerjugend.
Gau Weser-Ems, Ortsgruppe Bremen.

Pernt Deutschland kennen!

Im Oktober an den Rhein

Wieder hat die Reichsjugendverwaltung eine außerordentlich gelungene verlässliche Verwaltungsmaßnahme durchgeführt, die Wochenendfahrt Elbenburg — Bremen — Goslar — Thale vom 4. bis 5. September in den Harz. Das höchste Meier vom Vorlage der Reichsjugend hatte selber viele Ausflüge in Bremen zurückgeschickt. Allen denen aber die an der Fahrt teilnehmen durften, sind Eindrücke geblieben, die wir in einem Jahrestage besonders würdigen werden.

Und im Oktober? Plant die Reichsjugend eine Sonderfahrt zum Rhein. Einzelheiten folgen.

Scheunenbrand in Bremen

In der Nacht zum Sonntag kam in einer Scheune in Schwachhausen ein Brand aus, der sich rasch über das große massiv gebaute Grundstück ausbreitete. Das Feuer entzündete gegen 24 Uhr und dauerte die ganze Nacht. Etwa 50 Jüder den fiele den Flammen zum Opfer; die Scheune brannte bis auf die Grundmauern nieder. Es ist als ein Glück zu betrachten, daß die Scheune auf freier Stelle stand, da sonst bei dem herrschenden starken Sturm leicht größerer Schaden hätte entstehen können. Die Wehren arbeiteten bis zum frühen Morgen, um das Feuer niederzulassen, und es mußte am Sonntagmorgen noch eine Brandwache zurückgelassen werden. Die Ursache des Brandes ist wahrscheinlich auf Selbstentzündung des Heues zurückzuführen.

Reisenerfahrungen auf Reisenbüchsen nach Uebersee.

Nach den täglichen Nachrichten der Reichsjugend ist Uebersee ein Ziel der Sendungen mit Reisenerfahrungen übermäßig groß. Es hat den Anschein, als wenn viele Jüder glauben, daß es nötig sei, die Sendungen mit einem Reisenerfahrungen zu versehen, damit die Beförderung auf dem schnellsten Wege erfolge. Grundrichtig ist, daß die schnellsten Gelegenheiten Briefe, Postkarten, Glückwunschkarten und kleine Drucke, zu denen namentlich die politischen Zeitungen gehören, versandt. Somit braucht ein Reisenerfahrungen nur dann auf einer Sendung angegeben zu werden, wenn der Jüder die Beförderung auf einem anderen als dem von der Reichsjugend bekanntgegebenen Wege verlangt, weil er z. B. das Doppel eines Briefes auf anderem Wege als die Reichsjugend befördert haben will oder weil der Brief zusammen mit der Ware auf dem gleichen Schiff versandt werden soll. In solchen Fällen hat der Absender den Reisenerfahrungen zweifelsfrei links vom Bestimmungsort, und zwar gleich — in der Richtung nach Freimark — zu angeben, und mit Freimark zu unterschreiben. Ein so angegebener Reisenerfahrungen muß in den Augen fallen und wird sofortlich unbekannt bleiben. Selbst hat der Reisenerfahrungen am oberen Bande des Umschlages, dann ist es hier und da nicht ausgeschlossen, daß er durch den Wachposten bemerkt, der die Freimark einwirft, und daher übersehen wird.

Reisenerfahrungen im Seeaberdienst des Norddeutschen Lloyd. Wie der Norddeutsche Lloyd Bremen ausstellt, treten in seinem Seeaberdienst nach Belgien für Tagesanläufe an Sonntagen im September weitere Reisenerfahrungen in Kraft. Bis zum 11. September wird der Verkehr zwischen Bremerhaven und Belgien täglich, von diesem Termin ab bis zum 25. September dreimal wöchentlich, und zwar an jedem Mittwoch, Sonntag und Sonntag durchgeführt. Gerade im September ist es an der See besonders schön. Für jeden Freund der Nordsee bietet daher diese neue Reisenerfahrungen im Lloyd-Seeaberdienst eine besonders günstige Möglichkeit, an den schönen Tagen des September noch einmal die rote Nordseeinsel zu besuchen.

Wochenendfahrt des Lloyd-Dampfers „Moland“ nach Kopenhagen. Nach einer Mitteilung des Norddeutschen Lloyd Bremen wird mit dem aus dem Lloyd-Seeaberdienst bekannten Turbinenschnelldampfer „Moland“ vom 29. bis 31. September eine einmalige Wochenendfahrt nach Kopenhagen veranstaltet. Die Teilnehmer dieser fünfjährigen Wochenendfahrt werden über zwei Tage Zeit ha-

Die Frauenschaft der Ortsgruppe Doventor tagt

Am 1. September kam die Frauenschaft der Ortsgruppe Doventor im Magdeburger Hof zu ihrem ersten Spätsommergala. Der Besuch war sehr gut. Die Parteigenossin Marten eröffnete die Versammlung und gab einige organisatorische Veränderungen bekannt. Dann sprach Pg. Heider MdA. über die Aufgaben der Frau im Dritten Reich. Er führte aus, daß wir immer wieder zum Vorwurf gemacht würde, wir wollten den Frauen die Staatsbürgerrechte und ihren Beruf nehmen und ihnen in unserem Staat nur eine dienende Rolle überlassen. Unser Staat aber gibt keinem Staatsbürger Rechte, wenn er nicht auch Pflichten übernimmt. Wie die deutschen Männer in Stunden der Gefahr für ihr Volk und Vaterland mit ihrem Leben eintreten müssen, so sollen unsere Frauen dafür sorgen, daß aus dem Volke heraus immer neues Leben erhebt und daß unserer Jugend die Liebe zu unserem Volk und die opferwillige Hingabe für unser deutsches Vaterland ins Herz gepflanzt wird. Die Aufgaben der Frau sind ebenso wichtig für den Staat, wie die Aufgaben, die der Mann zu erfüllen hat. Die demokratischen Diktatoren haben es meisterhaft verstanden, uns einzumauern, daß es dumm ist, mit der Waffe in der Hand unser Volk zu verteidigen, der wahrhaft kluge und weise Mann der Diktator, der Diktator. Ebenso verhält man den Frauen die Mutterpflicht als etwas Dummes, Ueberlebens hinzustellen, die wahrhaft, fortschrittliche Frau läßt sich eine solche Aufgabe nicht auf, sondern lebt nur für sich und ihren Völkern. Wenn aber unser Volk nicht zugrunde gehen soll, müssen wir bei den Männern das heldische Element und bei den Frauen das mütterliche Element besonders pflegen und fördern. Auf den Opfern ruht der Staat und wer keine Opfer bringen will, soll in diesem Staat auch nichts zu bestimmen haben.

Der Liberalismus hat den Frauen alle Berufe geöffnet, nicht etwa weil die Frau dort besonders wertvolle Arbeit leistet, sondern weil sie billiger arbeitet. Um des reinen Profitgedankens willen hat man die Frau zu Arbeiten gezwungen die ihrer Weiblichkeit nicht entsprechen. So ist die Frau in den Lebensraum des Mannes eingebracht und namentlich die moderne intellektuelle Frau ist dadurch ihrer eigentlichen Aufgabe, Frau und Mutter zu sein, entzogen. Fast immer haben geistliche Führer des Volkes, geistlich übertragene Mütter gehabt, die Anteilnahme der Frauen hatten von den Müttern, nicht von den Vätern. Eine geistliche Verantwortung wird unser Volk ergreifen, wenn die geistlich hochgebildete Frau ihre Anteilnahme nicht mehr verheben kann und will. Noch andere Aufgaben haben wir für die Frau, Aufgaben die ihrer Weiblichkeit entsprechen. Wir wollen sie nicht als Sklavin des Profitgedankens verkommen lassen, sondern sie wieder einsehen als heilige Hüterin des Herdes, der Familie, des deutschen Blutes, des deutschen Denkens und Fühlens!

Nach einer kurzen Pause wurde nach der Bildstreifen „Das Gesicht der Demokratie“ vorgeführt, der von Pg. Heider mit kurzen Begriffen aber treffenden Worten erklärt wurde.

Mit einem Gelb auf unser Volk und unseren Führer schloß der eindrucksvolle Abend.

Wir bei den Männern das heldische Element und bei den Frauen das mütterliche Element besonders pflegen und fördern. Auf den Opfern ruht der Staat und wer keine Opfer bringen will, soll in diesem Staat auch nichts zu bestimmen haben.

Der Liberalismus hat den Frauen alle Berufe geöffnet, nicht etwa weil die Frau dort besonders wertvolle Arbeit leistet, sondern weil sie billiger arbeitet. Um des reinen Profitgedankens willen hat man die Frau zu Arbeiten gezwungen die ihrer Weiblichkeit nicht entsprechen. So ist die Frau in den Lebensraum des Mannes eingebracht und namentlich die moderne intellektuelle Frau ist dadurch ihrer eigentlichen Aufgabe, Frau und Mutter zu sein, entzogen. Fast immer haben geistliche Führer des Volkes, geistlich übertragene Mütter gehabt, die Anteilnahme der Frauen hatten von den Müttern, nicht von den Vätern. Eine geistliche Verantwortung wird unser Volk ergreifen, wenn die geistlich hochgebildete Frau ihre Anteilnahme nicht mehr verheben kann und will. Noch andere Aufgaben haben wir für die Frau, Aufgaben die ihrer Weiblichkeit entsprechen. Wir wollen sie nicht als Sklavin des Profitgedankens verkommen lassen, sondern sie wieder einsehen als heilige Hüterin des Herdes, der Familie, des deutschen Blutes, des deutschen Denkens und Fühlens!

Nach einer kurzen Pause wurde nach der Bildstreifen „Das Gesicht der Demokratie“ vorgeführt, der von Pg. Heider mit kurzen Begriffen aber treffenden Worten erklärt wurde.

Mit einem Gelb auf unser Volk und unseren Führer schloß der eindrucksvolle Abend.

Kampfbund „Niederelbe“: Heute Dienstag, 20.30 Uhr, im Casino, spricht der Führer des Kampfbundes „Niederelbe“, Kamerad Hinrich, über das Thema „Aufbruch zu neuen Wegen“. Der Führer spricht bei dieser Gelegenheit über die wichtigsten Aufgaben, Kultur, Gebildung und Regierungsbildung. Karten im Vorverkauf bei Kammacher, Dienstadt, Grönmacher, V. d. Seelter und Nr. 33-34, 2. Etage. Das nationale Bremen ist eingeladen. (Siehe Anzeige.)

Aus dem Arbeitsrecht

Ist eine Tätigkeit im Ausland verdienend gesellig?

Es fragt der Angestellte H. gegen die deutsche Nordseefischerei auf Ausstellung einer Arbeitsbescheinigung. H. war in Island bei einer in Island eingetragenen Firma angestellt. Inhaber dieser Firma war ein Konsortium, aus zwei Vätern und der Deutschen Nordseefischerei bestehend. Der Schwerpunkt der finanziellen Seite lag bei der Deutschen Firma, die einem Treuhänder das dazugehörige Geschäft anvertraute. Im Winter war H. hier in Bremen in den Räumen der „Nordsee“ tätig. Er habe aber nur die Abrechnung für die isländische Firma gemacht, wurde von Seiten der Beklagten ausgeführt, die isländische Firma sei absolut selbständig und habe mit der Nordsee nichts zu tun. Das Gehalt, RM. 300.— monatlich, sei ein Bruttogehalt gewesen, das aus den isländischen Fangquoten gezahlt worden sei. Hiernach habe H. erklärt, daß die sozialen Versicherungen bezahlt worden seien. Er könne deshalb jetzt eine Arbeitsbescheinigung verlangen.

Der Vertreter des Klägers verlas zunächst den Klageausweis, den die Nordsee an H. richtete. Es heißt darin: „Wir teilen Ihnen mit, daß wir in dieser Saison den Betrieb nicht aufrecht erhalten können und kündigen hiermit Ihre Stellung.“ Die Nordsee habe auch nur deshalb einem anderen die Firma dort übertragen, weil sie nach dänischem Recht keine Konzession für Island bekommen hätte.

Das Urteil ergab dann dahin, daß die Nordsee verpflichtet ist, dem Angestellten eine Arbeitsbescheinigung aus der die Höhe des Verdienstes, die Art der Beschäftigung und der Leistungsgrund des Dienstvertrages hervorgeht, auszustellen. Nach dem Wortlaut des Schreibens sei H. von der Nordsee für die Tätigkeit in Island angestellt. Die Nordsee habe das Gehalt gezahlt, im Winter sei in den Räumen der Firma in Bremen geschäftet worden, so daß sie als Arbeitgeber anzusehen sei. Mit der Ausstellung der Arbeitsbescheinigung sei aber nun nicht gesagt, daß der Kläger versicherungspflichtig sei. Die Frage, ob ein Angestellter, der für eine deutsche Firma im Ausland tätig ist, versicherungspflichtig ist, müsse das Arbeitsamt entscheiden.

Die Frage ist nicht leicht zu lösen. Wird ein Angestellter im Ausland arbeitslos, wird er nach Deutschland zurückkehren und versuchen, die Unterbringung zu erhalten, ebenso ist es, wenn er krankenkrank. Wer soll in diesen Fällen für ihn aufkommen?

Der Droschkenverein gibt keine Ferien.

Zwei Brüder saßen sich spinnfeind gegenüber. Der Arbeitsrichter hörte sich die beiderseitigen Reden an und fragte schließlich, was sie wollten. Da kam es an den Tag. Der eine

Wirtschaftliche Vereinigung Deutscher Architekten, Ortsgruppe Bremen: Mitgliederversammlung am Mittwoch, den 7. September, 20.30 Uhr, im Eisschhaus.

Wochenverkehr des Flughafens „Bremen“ vom 29. 8. bis 4. 9. In der vergangenen Woche erfolgten auf dem Flughafen „Bremen“ 56 Starte und Landungen, davon auf der Linie: Planmäßig: Bremen-Dan-nover-Prag 13 Flüge, 58 Flugzeuge; Bremen-Wangerooze-Norderney-Dortum 6 Flüge, 22 Flugzeuge. Außerplanmäßig: Lüneburg-Bremen-Dan-nover 12 Flüge, 29 Flugzeuge; Sonderflüge 25 Flüge, 23 Flugzeuge.

Viktoria-Theater — „Fledermaus“. Im Viktoria-Theater läuft die Fledermaus-Operette von Johann Strauß. Jeder muß einmal die lustige Filmoperette gesehen haben. (Näheres f. Anzeige.)

Mein Heim — meine Welt, große haus- und volkswirtschaftliche Ausstellung des Verbandes bremischer Bürgervereine und des Hausfrauenvereins Bremen e. V., 7.—14. September 1932. Morgen um 11 Uhr findet die feierliche Eröffnung dieser Ausstellung, wozu schon in den letzten Wochen überall die Rede war, statt. Es ist der Ausstellungsausschuss, mit dem der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft ein Abkommen zu treffen, dahin, daß am Freitag, den 9., Montag, den 12., und Mittwoch, den 14. September, im Umkreis von 80 Kilometer um Bremen zum Besuch der Ausstellung von allen Bahnhöfen Sonntags-Nachfahrkarten (Planolarten) nach Bremen ausgegeben werden. Diese Karten haben eine Geltungsdauer von 0 bis 24 Uhr. Zur Sicherung gegen Mißbrauch werden diese Karten von der Ausstellungsausschuss vor der Rückfahrt mit dem Stempel „Besucher der Ausstellung, Mein Heim — meine Welt“ versehen.

Mit der Ausstellung findet eine große Verlosung für wohltätige Zwecke statt. Lose zu 50 Pf. sind nur auf der Ausstellung zu haben. Es kommen insgesamt 1800 Gewinne, darunter Hauptgewinn von RM. 400 bis RM. 500 zur Verlosung.

War beim anderen angestellt, dieser hatte einen Bogen, eine Karte, die der erste war. Der angestellte Bruder wollte nun den Tariflohn eintragen; als er hörte, daß es keinen Tariflohn gäbe, wollte er Geld für seine vermeintlichen Ferienansprüche haben. Aber er hatte kein Geld. Die Ansprüche vergangener Jahre sind verfallen, weil sie nicht geltend gemacht wurden, und in diesem Jahr gibt es für alle beim Droschkenverein Beschäftigten laut Vereinbarung keine Ferien. Nachdem ihm dies klar geworden, zog der klagende Bruder seine Klage zurück.

Sie war zufrieden und klagte ab.

Ein junges Mädchen fand als Küchenmädchen in einer Gaststätte Stellung mit der Verpflichtung, wenn es nötig sei, den Chef hinter der Theke zu vertreten. Es eignete sich aber keineswegs für den Vieraufgang und war vollkommen damit einverstanden, sich wieder von seinem Chef zu trennen. Ja, sogar um Ersatz bemühte sich das freundliche junge Mädchen. Und trotzdem erfolgte Klage wegen der „Fristlosen“ Entlassung. Aus dem jungen Mädchen war inzwischen eine junge Frau geworden, die durch ihren Mann ihre Ansprüche stellte. Aber auch der Ehemann erreichte nicht alles, was er für seine Frau verlangte. Vergleichswiese im der Chef bereit, RM. 12.— zu zahlen, was angenommen wurde.

Hoher Klagenbruch, hohe Kosten.

Im Hofen zu sparen, werden bei hohen Klagenobjekten meist nur Teilsummen eingeklagt. Hier aber klagte der Beklagte Beträge einer hiesigen Firma nicht weniger als RM. 60.000.—, nicht gezahlte Provisionen ein. Dieser Herr, Akquisitionsführer der Firma, hatte außer seinen Provisionsansprüchen ein jährliches Gehalt von RM. 15.000.—. Er kann also nicht für sich geltend machen, er habe unter wirtschaftlichem Druck geklagt, er habe keine Provisionen erhalten. Bei dem vom Kläger verlangten Betrag handelt es sich immer um solche, die in die Unterhaltungskosten gehen und für die geklagte Provisionen gezahlt wurden. Die Firma bestritt nicht den Anspruch an sich, sie tritt aber Beweis für die Behauptung an, daß der Kläger, als die wirtschaftlichen Verhältnisse schlechter wurden, den Anspruch auf die Provisionen vergangener Jahre verzichtet habe. Für diese Darstellung spricht auch, daß der Chef der Firma tüchtige Male in Berlin war, ohne daß von Provisionsansprüchen überhaupt gesprochen wurde. Im Gegenteil, der Beklagte Vertreter war zufrieden, bei allen Objekten höhere Prozente zu erhalten. Der Beweis, daß die höheren Prozente bei Befehlen bleiben der alten Ansprüche gezahlt worden sollten, konnte der Kläger nicht genügen, so daß die Klage abgewiesen wurde.

Hitler und die Gewerkschaften

Die meisten Lügen und Verleumdungen, die aus dem demo-märzigen Lager gegen die NSDAP gerichtet werden, betreffen ihr Verhältnis zu den Gewerkschaften. Immer wieder hört man, daß die Hitler-Bewegung gewerkschaftsfreundlich sei, die Gewerkschaften verneine und nach der Machtergreifung beiseite werfen werde. Immer wieder sieht man in der roten Presse von „Nazistreichföhrern“. Wenn ernstlich daran liegt, sich über die wirkliche Stellung der NSDAP zu den Gewerkschaften zu unterrichten, der komme zu dem am Mittwoch, dem 7. September, nachm. 15.45 Uhr im Magdeburger Hof, a. d. Weide 41-42, veranstalteten öffentlichen Versammlung der Angehörten des Arbeits- und Fortbildungsausschusses der NSDAP Bremen, Georg Müller, wird über das Thema „Wie steht der Nationalsozialismus zu den Gewerkschaften?“ reden.

Der Geschäftsführer des GDA, Richard Tager, ist zu dieser Versammlung durch Einschreibebrief eingeladen worden.

Der Eintritt zur Versammlung ist kostenlos. NSDAP-Kreisleitung.

Sektion Mitte Ortsgruppe Bremen

Die bisherige Sektion Mitte ist durch die Umorganisation des Parteiapparates nach Abgabe einiger nach Osten gelegener Außenposten zur

Ortsgruppe Doventor

Der organisatorische Aufbau der Ortsgruppe ist jetzt ein wesentlich anderer: Die unterste Einheit ist der Block, dem der Blockwart vorsteht. Mehrere Blöcke bilden eine Zelle, die vom Zellenwart geleitet wird. Die Zellen sind wieder zusammengefaßt in der Ortsgruppe

unter dem Ortsgruppenleiter. Seine Einheit darf eine vorgeschriebene Zahl von Mitgliedern übersteigen.

Zweck und Ziel der organisatorischen Umstellung ist vor allen Dingen die kämpferischen Werte in der Bewegung wieder mehr zu betonen. Die NSDAP ist keine Partei alten Schlages, sondern eine Bewegung, die von einer sich auf alle Gebiete erstreckenden

Kameradschafts- u. Werbeabend des Sturmes 4/75

Am Sonntagabend veranstaltete der Sturm „Wilhelm Deder“ in den Gentilsallen einen Werbeabend. Erfreulich war der Besuch außerordentlich groß und begann sich der Saal kurz nach 7 Uhr zu füllen. Die Darbietungen waren sehr reichhaltig und fanden großen Beifall. Zur Eröffnung marschierten die großen Stürme 2/75, 3/75 und 4/75, die aus dem Sturm „Wilhelm Deder“ hervorgegangen sind, geschlossen auf. Die Vortragsschilde wurden eröffnet durch einen Sprechortrag von Frä. Dielelota Baus. Es folgten dann Freiübungen der Kampfschule des Sturmes 4/75, und man konnte sich bei dieser Gelegenheit überzeugen, welch großes Gewicht unter der Führung des Kamerad Nissen auf eine körperliche Ausbildung gelegt wird. Unter anderem folgte dann eine Gedächtnisvorführung der viel Freude bereitete. Anschließend an die

Ansprache des Sturmführers Thyssen sahen wir die tänzerischen Darbietungen von Frau Will und einen ausgezeichneten Gleichgewichtstanz. Mit großem Beifall wurden die künstlerischen plastischen Gruppen des Sturmes aufgenommen. Frä. Mannig Bremer vom Stadttheater erfreute die Anwesenden durch einige Lieber. Für Humor und Stimmung sorgte ein Singpiel. Den musikalischen Teil hatte die bekannte Kapelle Fredo Riemann übernommen. Eine reichbesetzte Tombola fand guten Zuspruch. Auch an einem Schießstand mit vielen schönen Preisen war den Schießlustigen Gelegenheit geboten, ihre Künste zu zeigen.

Allen denen, die zu diesem wohlgeleiteten Abend ihren Teil beigetragen haben, dankt der Sturm 4/75 „Wilhelm Deder“ hiermit auf das herzlichste.

Stadttheater

Bahnenplan des Stadttheaters.
Dienstag, 20 Uhr, 9. Ab.-B. zu kleinen Opernpreisen: „Miguelito“; Mittwoch, 20 Uhr, 10. Ab.-B. „Der fliegende Holländer“; Donnerstag, 20 Uhr, 11. Ab.-B. in neuer Einfundierung: „Mignon“. Musikalische Leitung: Dr. Weich. Szenische Leitung: Philipp Krons. Freitag, 20 Uhr, 12. Ab.-B. „Napoleon oder die hundert Tage“. Sonnabend, 20 Uhr, 13. Ab.-B., die Klassische Operette in der neuen Bearbeitung: „Capriccio“, Sonntag, 13 Uhr 14. Ab.-B. „Die Meistersinger von Nürnberg“. Montag, 20 Uhr, 14. Ab.-B. Dienstag, 20 Uhr 15. Ab.-B. in neuer Einfundierung durch Dr. Kall: „Was ihr wollt“. Neue Ausstattung (Bühnenbilder: Theodor Schlöfli).

Abonnement im Stadttheater. Es ist noch möglich, an den in diesem Jahre außerordentlich billigen und günstigen Abonnement teilzunehmen. Anmeldungen im Abonnementbüro des Stadttheater. Die bestellten Abonnements liegen dort zur Abholung bereit.

Aus der Umgegend

Spinales Kinderklinikum im Kreise Epte.
Das Landratsamt teilt mit: Die in der letzten Zeit im Kreise vorgekommenen Fälle von Kinderklinikum lassen es zweckmäßig erscheinen, Veranstaltungen, die mit größeren Menschenansammlungen verbunden sind, nach Möglichkeit nicht zu besuchen, um der Weiterverbreitung der Krankheit vorzubeugen. Insbesondere sollen die Eltern ihre Kinder von allen derartigen Veranstaltungen fern halten. Bei den bisher aufgetretenen Einzelfällen sind seitens der Gesundheitspolizeibehörde alle erforderlichen Maßnahmen getroffen, um eine Übertragung der Krankheit zu verhindern.

Schuh-Bata in Bremerhaven

Unfalltätigkeit der bürgerlichen Presse
Der tageshische Jude Bata hat in Bremerhaven und Hamburg neue Filialgeschäfte eröffnet. Ungleich dieses unerwünschten Eintrages des Schuhkönigs Bata bekommt es die bürgerliche Presse dieser Orte noch fertig, Anzeigen der Firma Bata aufzunehmen. Ob dabei das Schuhmacherhandwerk kaputt geht, stört diese „nationalen“ Zeitungen nicht! Das Tollste ist, daß die bürgerlichen Blätter anfänglich, als Bata noch nicht eingezogen war, Stellung gegen dieses Unternehmen einnahmen. Jetzt ist Bata da und schon greifen die Blätter mit Freuden nach den Anzeigenaufträgen dieser Firma! Sie verkaufen also für Eilberlinge den Mittelstand. Bata versteht es seiner Firma den richtigen Namen zu geben. Wo steht prompt auf den Anfordigungen der Anzeigen zu lesen „Deutsche Schuh A.-G. Bata“.

Bata versucht darin nachzuweisen, daß sein Unternehmen ein deutsches Unternehmen ist, wobei allgemein bekannt ist, daß Bata seinen Hauptsitz in der Schweiz hat. Wie das Unternehmen aussieht, darüber lassen wir die „Schuhhändler-Zeitung“, Heft Nr. 23 zur Aufklärung der Bevölkerung sprechen. Die Schuhhändlerzeitung schreibt u. a. wörtlich:

„Über die Beschäftigtenverhältnisse bei der Deutschen Schuh-A.-G. Bata in Ottmühl, Reg.-Bez. Oppeln, sind vielfach irrige Ansichten verbreitet. Die tatsächlichen Beschäftigtenverhältnisse gehen aus der Begründung eines am 11. Mai 1932 gefaßten Urteils des Landgerichtes Bielefeld gegen Schuhmacher-Zusammenschlüsse hervor und zwar wie folgt: Bei der Gründung der Deutschen Schuh-A.-G. Bata übernahm Bata, der tageshisch-polnische Staatsangehörige John Bata von den gesamten Aktien im Nennwerte von 1 Mill. RM, einen Anteil von 900 000 RM, während von den übrigen vier Mitbegründern jeder nur eine Aktie im Werte von 1000 RM übernahm. Später fand dann die Aktien, wie aus dem Protokoll der Generalversammlung vom 7. Oktober 1930 hervorgeht, in Höhe von 400 000 RM, an Thomas Bata und in Höhe von 600 000 RM, an die R. V. Montschpitz über Schönen und Lederindustrie Bata in Anstalt, die holländische Tochtergesellschaft Bata, übergegangen. Diese letztgenannten 400 000 RM, blieben aber nicht im Besitze dieser holländischen Bata-Gesellschaft, sondern wurden

Parteiamtliche Mitteilungen

Der zweite wirtschaftspolitische Unterrichtsabend findet statt am Freitag, den 9. September, abends 20.30 Uhr, im kleinen Casino-Saal. Thema: Die drei Wirtschaftssysteme (bolshewistisch, liberalistisch, fälschlich).

Einladung gegen Ausweis.
Kreisleitung Bremer der NSDAP.
Wie urteilt SPD-Kauf in der „Volks-Zeitung“ über unsere Parteigenossen Heider?

Der Elektrotechnisch-Abgeordnete aus Habenhausen.
Der Mann ohne Mund.
Der sich wehrt wie eine Habenhauser Ente am Spieß.

Der berechtigt ist wie ein Sperling auf der runden Hinterlassenschaft eines Hiebtes.
Der durch sein volkswirtschaftliches Krambewußt viele vergnügte Stunde verleiht.

Der bei seiner Fraktion gar keine Rolle spielen soll und doch zum Wohlhabenssenator und Reichstagsabgeordneten vorgeschlagen werden sollte.

Freiheit!
Die gleichen Leute, die seit dreizehn Jahren durch ihre Politik das deutsche Volk in soziale und politische Knechtschaft

geführt haben, haben jetzt die verlegene Lösung „Freiheit!“ herausgegeben!
Das Wesen ihrer Freiheit, die sie uns gebracht haben und die Freiheit, die die Bewegung Adolf Hilgers dem deutschen Volke bringen will, wird in einer Versammlung der Ortsgruppen Westens und Seefahrt am 8. September, abends 8.30 im Saal von Rehmshof,

Waller Meerstraße der
Pg. Heider, M. d. B.,

beflechten.
Der Eintritt zur Versammlung beträgt 30 Pfennig, Erwerbslose 10 Pf., Wohlfahrtsempfänger freier Eintritt.

Die Ortsgruppenleitungen.

Achtung!

Parteiangehörigen der Ortsgruppe Stein- tor, die Aufklärungsarbeit beginnt!
Am Freitag, den 9. September, findet im Restaurant Grünmayer, v. d. Stein- tor 35, der erste Abend des
4. Lehrganges über Rassenfragen, mit zahlreichen bildlichen Erläuterungen von Dr. A. von Hoff statt. Es wird allen Parteiangehörigen der Ortsgruppe Stein- tor dringend empfohlen, an dem äußerst interessanten Kursus teilzunehmen. Auch Gäste und Freunde der Bewegung sind willkommen. Beginn 20.30 Uhr.

Ortsgruppe Schwachhausen

Nach schweren aber siegreichen Wahlkämpfen hatten die Parteiangehörigen, der keine Pflicht in dieser Zeit gegenüber der Bewegung und unserer Führer voll erfüllte, einige Wochen der Pa. sinot.

Jetzt aber heißt es, mit verdoppelter Energie zu kämpfen, daß uns der sichere Sieg nicht in letzter Minute entzogen werde kann. Schon versuchen Dummköpfe der Reaktion das erwachende Volk um seinen Sieg um die Macht zu betrügen.

Am Willen unserer Führer und an der Geschlossenheit unserer Bewegung wird auch die Reaktion zerschellen.

Laut Anordnung des Organisationsleiters erfolgte ein weiterer Ausbau der Bewegung, um diese immer aktiver und aufnahmefähiger zu gestalten.

Zunfolge dieser Neuanorganisation wird die ehemalige Sektion Schwachhausen selbständige Ortsgruppe. Die Leitung der Ortsgruppe Schwachhausen wurde mir kommissarisch übertragen. Ich erwarte nun von jedem Parteiangehörigen rege Unterstützung und Mitarbeit in irgend einer aktiven Form.

Die erste geschlossene Mitgliederversammlung findet am Freitag, den 9. September, abends 20.30 Uhr im Kaffee-Rudner, Schwachhauser Heerstr. statt. Mitgliedsausweise sind mitzubringen. Erscheinen ist Pflicht. Auf zur Mitarbeit!

gez. Martin Porfisch,
Ortsgruppenleiter.

Bremer Kommunisten hören zu:

Aufklärung über unser Programm

Die Ortsgruppe Westen führt ihren dritten überfüllten Ausspracheabend durch

In der Erkenntnis, daß die Gegner der nationalsozialistischen Freiheitsbewegung vor allem die Führer des heutigen Sozialdemokratie und Kommunismus, unser Programm wider besseres Wissen falsch auslegen, belächeln, da sie damit rechnen, daß ihre Anhänger unser Programm nicht genau kennen, hat die Ortsgruppe Westen öffentliche Ausspracheabende einberufen, die der Aufklärung der Volksgenossen dienen sollen, die heute noch im marxistischen oder bürgerlichen Lager stehen.

Der dritte Ausspracheabend im Restaurant Nicker bewies erneut, daß gerade die kommunistischen Volksgenossen es sind, die nach Aufklärung suchen. Als unser Pg. Pfeifer gestern abend zu dem Programm 4-10 und 23 des NS-Programmes das Wort ergriff, war der Versammlungssaal so vollkommen überfüllt. Unter dem Eindruck der beiseitegeführten Ausführungen unseres Pg. über den zentralen Einfluß des Judentums in unserem Volkstörper und der Förderung des Nationalsozialismus nach einem Staat, in dem nur der deutsche Volksgenosse den Ehrentitel Staatsbürger tragen darf, erhob sich kein Widerspruch der Jungkommunisten; denn die Erkenntnis haben die kommunistischen Besucher mit nach Hause genommen, wie der Ausspracheabende, Herr Schug, treffend betonte, was das nicht begreifen hat, daß der ewige Jude der zehrende Bogillus in unserem Volkstörper ist, der muß allerdings eine gute Natur haben.

Pg. Pfeifer wies einleitend darauf hin, daß wir das Judentum nicht individuell durch Einzelerlöser bekämpfen, sondern das Judentum in seiner Gesamtheit.

Die Judenfrage ist für uns eine Frage der richtigen Haltung. Liebt jemand zersetzenden Einfluß im Volke aus, der den Lebensinteressen völlig entgegensteht, so darf er in einem gefundenen Staat nicht das Recht eines Staatsbürgers genießen. Von seinen Staatsbürgern verlangt der nationalsozialistische Staat Verpflichtung und Arbeitspflicht! Ferner fordert das nationalsozialistische Programm, Staatsbürger kann nur sein, der Volksgenosse ist. Bei allen Korruptionsflandalen, die wir in der Nachkriegszeit in Deutschland erleben, haben wir Juden an der Spitze gesehen. Ein Schieber-Künstler erzielt auf unmöglichen Einbürgerungsrecht in Deutschland. Hierfür sind Geldguthaben, fungierte als Arzt in Wien und wurde plötzlich Inflations- und Finanzminister in Deutschland. Jüdische Vertreter waren es

ferner, die die korrumpierende Parteivertikale der SPD in Ruß brachten (Starek, Varnagel). Die Wirtschaftspartei verkaufte sich für 40 Millionen Mark an Weining.

Und wie steht es mit den weiteren Einflüssen des Judentums? Der Jude hat sich überall eingenistet.

Der Marxismus ist die beste Erfindung des Judentums und damit des Kapitalismus. Mit schillerndem Eifer mußten sich die Kommunisten sich darüber auflären lassen, daß der Jude Münzenberg Führer eines Zeitungskongressunternehmens der SPD ist. Die SPD-Proleten haben sich in diesem Kongress verflüchtigt müssen, nicht zu vollen Zeitungen zu arbeiten! Der „Vorwärts“, das Zentralorgan der SPD, erhielt von dem Juden Goldschmidt 800 000 RM! Darum kämpfen auch die SPD- und SPD-Führer nicht gegen die internationalen Bank- und Wirtschaftskräfte, da sie in ihrem Auftrag arbeiten. Und der deutsche Arbeiter glaubt dann noch, den Kapitalismus zu bekämpfen. Wie speziell in Bremen die SPD, in jüdischem Auftrag arbeitet, darüber werden wir demnächst die Öffentlichkeit aufklären. Die „Arbeiterzeitung“ nimmt doch so gern bamberger-Anzeigen auf. Das geschieht nicht ohne Grund. Pg. Pfeifer wies dann noch auf den Judentum der unter jüdischer Herrschaft stehenden „Goldenen Internationalen“ hin, die dafür sorgt, daß unter und auch die anderen Völker keine Arbeit haben. Der Jude mußte auch das Preisse-Wort bedeuten. So sieht er heute in den Zeitungsbüros! Die Großmacht Preisen darf unter jüdischem Einfluß & Co. verbreiten! Deshalb fordert der Nationalsozialismus: Zeitungen dürfen nur von deutschen Volksgenossen geleitet werden. Die deutsche Lüge einer Zeitung hat ihr Verbot zur Folge.

Heute noch dürfen Juden vom Osten nach Deutschland einwandern. Darum fordert der Nationalsozialismus in seinem Programm, daß alle Juden, die seit dem 1. August 1914 in Deutschland eingewandert sind, ausgewiesen werden und die anderen unter Fremdengefehl gestellt werden.

In der Aussprache wies der Seemann Vahs auf die Polen hin, die im armen Deutschland noch die Fürsorge in Anspruch nehmen können, während Deutsche aus Polen ausgewiesen

einige Zeit darauf von der Schweizerischen Volkshaus in St. Moritz übernommen. Die Beteiligung der Schweizerischen Volkshaus an der „Deutschen Schuh-A.-G. Bata“ drückt sich durch den alsdann erfolgten Eintritt des Schweizerischen Staatsangehörigen Dr. Georg Weisheit, Bielefeld, in den Aufsichtsrat des Unternehmens aus. Die übrigen Mitglieder des Aufsichtsrates sind Thomas Bata und Dominik Ciperio, Batos Generaldirektor. In dem Aufsichtsrat der „Deutschen Schuh-A.-G. Bata“ befindet sich also kein Deutscher.“
Die sogenannte überparteiliche bürgerliche Presse aber hat wieder einmal bewiesen, wie sie die Interessen ihrer mittelländischen Leser zu vertreten vermag.

Handel und Volkswirtschaft

Tägliche Beilage der BNZ

Wirtschaftsfriedhof in einer Kleinstadt

Vorden. Großes Aufsehen erregt hier die Eröffnung des Vergleichsverfahrens zur Abwendung des Konkurses über die angesehene und alte Verdener Möbelfabrik Wihl. Wöhler, Inhaber Erhard Schmidt. Der Interessenkreis dieses Unternehmens, das mehr als 100 Arbeiter beschäftigte, reichte bis weit über die Grenzen der engeren Heimat. Für die Verdener Arbeiterschaft bedeutet dieses neueste Opfer der Wirtschaftsnot Deutschlands einen schweren Schlag, denn bis auf die bekannte Seifenfabrik C. A. Bornemann ist nunmehr die gesamte Verdener Industrie auf der Strecke geblieben. In der Zeit nach der Einführung der festen Währung haben die Pforten geschlossen: Die Verdener Brauerei, eine chemische Fabrik, mehrere große Zigarrenfabriken, die Verdener Dampfmühle. Alles das wirkte sich aber auch in anderer Weise aus: Von den vier Hotels der Stadt sind zwei zwangsversteigert, eins befindet sich im Zwangsversteigerungsverfahren und nur eines konnte sich bisher halten. Beide Verdener Logen hatten eigene Häuser, die gleichfalls ihre Grundstücke auf dem Friedhof der Wirtschaft zwangsweise opfern mußten.

Oreller als durch diese Mitteilungen können die Zeitverhältnisse wohl schwerlich beleuchtet werden. Wenn man nun bedenkt, daß Vorden außerdem sein Lehrerseminar, ferner einen erheblichen Teil seiner Garnison (früher lag hier ein ganzes Regiment und heute nur noch zwei Batterien) verlor, kann man erst ermessen, wie auch die Kleinstadt unter den Wirtschafterschwächen leidet. Angesichts dieser erschütternden Verhältnisse des Niedergangs der Wirtschaft kann die sparsame und offenbar weitschauende Politik der Verdener kommunalen Behörden gar nicht hoch genug bewertet werden. Die Stadt Vorden erhebt nur mäßige Steuern und hat trotzdem im Verhältnis zu anderen gleichartigen und auch größeren Städten nur sehr mäßige Schulden. Der Landkreis Vorden steht sogar völlig schuldenfrei da.

Die Notlage der oldenburgischen Neusiedler

Oldenburg. Das Organ des Verbandes landwirtschaftlicher Kleinbetriebe, „Heimat“, schreibt über die Note der Neusiedler in Oldenburg: „Die Kultivierungsdarlehen und die Freijahre, wurden gegeben in einer Zeit der normalen Nachkriegsverhältnisse. Diese Verhältnisse sind nun durch die Entwicklung der beiden letzten Jahre völlig über den Haufen geworfen worden. Durch diese Entwicklung ist die Lage der Neusiedler, völlig zur Katastrophe geworden. Nun kommt der Monat Oktober heran, dann sind Zinsen und Abträge fällig, soweit die Freijahre abgelaufen sind. Die Bedingungen sind stramm; kommt der Siedler diesen nicht nach, kann sofort zwangsvollstreckt werden. Das Reich, bzw. die Deutsche Siedlungsbank oder der Oldenburger Staat müssen dies zu verhindern wissen. Es ist durchaus berechtigt, die damals unter anderen Verhältnissen gegebenen drei Freijahre zu verlängern; dies erscheint sogar Pflicht zu sein aus allgemeinem volkswirtschaftlichem Interesse. Es kann nicht daran gezweifelt werden, daß die in Frage kommenden Stellen gerade mit Rücksicht auf die obwaltenden Verhältnisse, um den Zweck der Siedlung zu erreichen, um das Vertrauen in die Siedlungsbehörde zu festigen, größeres Entgegenkommen zeigen werden.“

Die Nutzener der Papen-Notverordnung

Starke Belegung an der Berliner Börse. Berlin. Der seit Bekanntgabe des Wirtschaftsprogramms der Reichsregierung eingesetzte Belegung an der Berliner Börse übt eine suggestive Wirkung auf das große Publikum aus. Die Umsätze an der Berliner Montagbörse nahmen in einzelnen Papieren ein Ausmaß an, das seit Jahren nicht gesehen wurde. Die Folge waren Kurssteigerungen an den Aktienmärkten von 2 bis 7 v. H. I. G. Farben-Aktien überschritten bei einem Umsatz von 1/2 Million den Parikurs. Große Umsätze fanden auch in Schiffahrtswerten statt. Bevorzugt waren im übrigen neben Kunstseidenwerten, solche, die in erster Linie aus der vorausgesetzten Belegung der Wirtschaft Nutzen ziehen. Auch der Rentenmarkt bleibt ganz allgemein lebhaft und fest.

Die deutschen Sparkassen Ende Juli 1932

Berlin. Der Spareinlagenstand der Sparkassen des Deutschen Reiches hat sich im Juli von 9800 auf 9717 Millionen RM. vermindert. Im Berichtsmontat weisen die Gutschriften mit 371,9 Millionen RM. gegenüber dem Vormonat mit 360,7 Millionen RM. eine leichte Besserung auf, während die Einzahlungen auf 454,4 gegen 465,7 Millionen RM. zurückgingen. In den Gutschriften sind 2,9 Millionen RM. Zinsgutschriften und 2,8 Millionen RM. Aufwertungsgutschriften enthalten. Hierzu wird bemerkt, daß bisher insgesamt 708,8 Millionen RM. aufgewerteter Spareinlagen als in die Reichsmarktrechnung übergeführt nachgewiesen wurden. Im Giroverkehr sind die Einlagen im Juli von 1223,9 Millionen auf 1201,1 Millionen RM. zurückgegangen.

Die Bewegung der Aktiengesellschaften im August

Berlin. Nach Mitteilung des Statistischen Reichsamts wurden im August 8 Aktiengesellschaften mit 1,6 Millionen RM. Nominalkapital gegründet. Ferner erfolgten 20 Kapitalerhöhungen um 15,7 und 180 Kapitalherabsetzungen um 277 Millionen RM. 78 Aktiengesellschaften mit 37,6 Millionen RM. wurden aufgelöst, darunter 8 wegen Konkurseröffnung. Der Kurswert der gegen Barzahlung aufgegebenen Aktien betrug im August 9 Millionen RM. Im Berichtsmontat wurden ferner 314 Gesellschaften m. b. H., 458 Einzellfirmen und Personalsgesellschaften und 111 Genossenschaften gegründet. Aufgelöst wurden 350 Gesellschaften m. b. H., 1020 Einzellfirmen und Personalsgesellschaften und 117 Genossenschaften.

Rekorde in Italien

Rom. Das August-Heft für Land- und Forstwirtschaftsstatistik sagt eine Getreidernte von 72 Millionen dt für Italien voraus. Das würde die höchste Ernte sein, die Italien seit Jahren gehabt hat und die Einfuhrnotwendigkeit an ausländischen Getreide außerordentlich verringern. Im Zusammenhang mit der bevorstehenden Zehnjahresfeier des Faschismus ist dieser bedeutsame Erfolg besonders bezeichnend.

Landwirtschaftliche Getreidevermittlung e. G. m. b. H.

Berlin. Beim Amtsgericht Berlin-Mitte wurde soeben die Landwirtschaftliche Getreidevermittlung als eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung in das Genossenschaftsregister eingetragen. Das Unternehmen verfolgt den Zweck, der Landwirtschaft das Termingeschäft an der Produktenbörse zu Preisierungszwecken im Großen zu erschließen und ihr so Einfluß auf die Preisbildung zu verschaffen. Sie macht prinzipiell keine Eigengeschäfte, ist also nur ausführendes Organ und damit Treuhänder der Landwirte. Die Benutzung ihrer Einrichtungen steht jedem Landwirt, auch den Provinzgenossenschaften offen.

Weiterer Rückgang der Warenhausumsätze

Berlin. Die Umsätze der Waren- und Kaufhäuser lagen im Juli trotz der Saison-Schlussverkäufe rund 24 Prozent unter der Vorjahreshöhe. Während in anderen Jahren vom Juni bis Juli eine mehr oder weniger starke Steigerung der Umsätze zu beobachten war, ist in diesem Jahre ein Rückgang eingetreten. Anzeichen einer vom Absatz, d. h. vom Einkommen ausgehenden konjunkturellen Besserung der Lage sind zunächst noch nicht zu erkennen. Andererseits setzt sich die Steigerung der Rohstoffpreise (z. B. der Textilrohstoffe) angesichts der geräumten Läger bei den Rohstoffen schneller als sonst bis zum Einzelhandel durch. Zweifellos wird die Tendenz zu einer Steigerung der Einzelhandelspreise, die bisher in Erwartung weiterer Preissenkungen aufgeschoben worden ist.

Deschimag A.-G.

Die Verhandlungen über die Sanierung der Deschimag wurden inzwischen fortgeführt. Vor einigen Tagen ist in Bremen verhandelt worden und ein Fortschritt innerhalb der beteiligten Kreise insofern erzielt worden, als die seinerzeit vertagte Generalversammlung nunmehr in aller Kürze erneut noch im Laufe des Sept. einberufen wird. Die Tagesordnung sieht eine durchgreifende Sanierung des Unternehmens vor. Ueber die Einzelheiten der zu ergreifenden Maßnahmen werden die Verhandlungen noch weiter geführt.

Aufgelegte Tonnage im Hamburger Hafen

Am 1. September lagen im Hamburger Hafen 183 Seeschiffe (am 1. August 177) mit insgesamt 704 228 BRT. Rauminhalt (761 532 BRT.) auf. Unter den aufliegenden Schiffen befinden sich 165 deutsche.

Hamburgische Elektrizitäts-Werke A.-G.

Der Generalversammlung am 4. Oktober wird die Verteilung einer Dividende von 8 1/2 Prozent nach 10 Prozent im Vorjahre auf 88 Mill. RM. Stammaktien und eine Million RM. Vorzugsaktien vorgeschlagen.

Eisenwerk Thale

Thale (Harz). Das Unternehmen hat seinen sämtlichen Angestellten gekündigt. Die Verwaltung erklärt hierzu, daß der hohe Stand der Unkosten und das weitere Sinken der Warenpreise für Fertigfabrikate zu einer Neuregelung zwängen.

Neue Kupferpreissteigerung

Berlin. Die Haus-Tendenz an Metallmarkt hält weiter an, so daß das internationale Kupferkartell sich zu einer weiteren Erhöhung des Sonderpreises für Nordseehäfen von 5,95 auf 6 Dollarcent veranlaßt sah.

Unveränderte Lage in der Papierindustrie

Berlin. Die Lage in der Papier- und Zellstoffindustrie hat sich im August nicht gebessert. Die Preise sind größtenteils noch weiter gesunken. Die Betriebswasser-Verhältnisse haben sich in letzter Zeit weiter verschlechtert.

Verein für Zellstoff-Industrie A.-G., Berlin.

Um für längere Zeit das Weiterarbeiten des Werkes Oberleschen mit seinen 800 Arbeitern zu sichern und das Werk vor einer endgültigen Stilllegung und Verschrottung zu schützen, haben Kreistag und Kreisaußschuß Sprottau ihre Zustimmung gewährt, dem Bankhaus Arnold für den Zellstoffverein ein Darlehen von 384 000 RM. zu gewähren, und zwar solange zinslos, als der Zellstoffverein keine Dividende bezahlt. Das Darlehen wird in 12 Jahresraten von je 32 000 RM. zur Auszahlung gelangen. Der Vertrag, für welchen der Kreis Sprottau und das Bankhaus Arnold die Bürgschaft übernommen haben, tritt in Kraft, wenn er von sämtlichen Beteiligten bis zum 30. September vollzogen wird.

Verschiebung der Pariser Zuckerkonferenz.

Paris. Die ursprünglich für den 9. September in Aussicht genommene Pariser Tagung des Internationalen Zuckerrats ist auf einen vorläufig noch unbestimmten Zeitpunkt verschoben worden. Angeblich verlangen die kubanischen Erzeuger eine Änderung der auf der Ostender Konferenz provisorisch vereinbarten Ausfuhrquote. Da die übrigen Landesgruppen bisher Widerspruch gegen die von kubanischer Seite geforderte Neuregelung erhoben haben, muß der Ausgang der zurzeit in London stattfindenden Vorverhandlungen als durchaus ungewiß bezeichnet werden.

Der Streik in der holländischen Handelschiffahrt. — Besatzung des Ozeandampfers „Rotterdam“ verweigert die Arbeit

Amsterdam. Im Zusammenhang mit dem Streik in der niederländischen Handelschiffahrt hatte die Holland-Amerika-Linie beschlossen, ihren aus Amerika zurückkehrenden Dampfer „Rotterdam“ nicht nach Rotterdam oder einem anderen holländischen Hafen zurückkehren zu lassen, um zu verhindern, daß die Besatzung sich dem Streik anschließen. Die Fahrgäste wurden daher in der Nacht zum Sonntag in Boulogne an Land gesetzt. Darauf sollte der Dampfer nach Southampton gehen, von wo die Ausreise nach New York erfolgen sollte. Auf der Fahrt nach Southampton sind jedoch an Bord der „Rotterdam“ Schwierigkeiten entstanden insofern, als ein Teil der Besatzung die Möglichkeit vorsehe, daß der Dampfer nicht unmittelbar nach Rotterdam zurückkehrt, erachtet die Direktion der Holland-Amerika-Linie eine Verletzung der Verträge für vorliegend. Sie hat die Behörden angegangen, worauf 30 Mann Marinetruppen unter Führung eines Leutnants an Bord gingen, die beim Feuerschiff West Hinder vor Anker gingen.

Ämtliche Devisen-Kurse

vom 5. September 1932
Ohne Gewähr

	Geld	Brief
Buenos-Aires	0,923	0,927
Canada	3,786	3,794
Istanbul	2,008	2,012
Japan	0,959	0,961
Kairo	15,01	15,05
London	14,63	14,67
New-York	4,209	4,217
Rio de Janeiro	0,321	0,323
Uruguay	1,738	1,742
Amsterdam	169,43	169,87
Athen	2,697	2,703
Brüssel	58,335	58,455
Bukarest	2,518	2,524
Budapest	81,97	82,13
Danzig	6,284	6,296
Helsingfors	21,605	21,645
Italien	6,693	6,707
Jugoslawien	41,96	42,04
Kopenhagen	75,57	75,63
Lissabon/Oporto	13,31	13,33
Oslo	73,28	73,42
Paris	16,49	16,53
Prag	12,465	12,485
Reykjavik	65,68	65,82
Riga	79,72	79,88
Schwiz	81,41	81,57
Sofia	3,057	3,063
Spanien	33,87	33,93
Stockholm	74,97	75,13
Tallin/Reval	110,59	110,81
Wien	51,95	52,05

Heutige Berliner Butternotierung

Am Berliner Buttermarkt notierten heute 6. September:
I. Qualität 1.11, II. Qualität 1.01, III. Qualität 0.92. Tendenz stetig.

Berliner Produktenbericht

Im Zusammenhang mit den Erwartungen, daß sich die Landwirtschaft als Folge der Aufwärtsbewegung in der Vorwoche verkaufslustiger zeigen würde, hatte man an der Sonnabend-Nachbörse und auch heute vormittag die Situation allgemein ruhiger beurteilt, zumal man eine beschränkte Frage im Warengeschäft festzustellen glaubte. Der dadurch bedingte Schwächeanfall war für Weizen an der Mittagsbörse wieder überwunden. Die Kurse eröffneten nicht wesentlich anders, als sie am Sonnabend geschlossen hatten. Die heute zum erstenmal notierte Märzschicht brachte ein Aufgeld von etwa 5 RM. gegen Dezember, und damit keinerlei Überraschung, da man mit diesem Kurs rechnete. Beim Roggen wurde die Haltung schwächer, obwohl größeres Angebot fehlte. Trotz Stützung ließen die Preise um durchschnittlich eine RM. nach, weil die Mühlen nicht in der Lage waren, die hohen Notierungen zu bewilligen, folgend doch die Mehlpreise nicht der Entwicklung am Körnermarkt. Für Mehl wird der Nutzen für die Mühlen immer geringer, neue Absatzquellen sind selten trotz entgegenkommender Forderungen. Die unzulänglichen Kleipreise erschweren die Lage in den Müllereien um ein weiteres. Hafer behauptete seine letzten Preise gut, auf Gerste erfolgten in Auswirkung der Stützungen am Brauersternmarkt aus der Provinz trotz guter Gebote keinerlei Zugaben.

Kaffee

Unzulängliches Angebot und wenig Kaufstimmung gestalten den Markt heute äußerst träge, so daß es zu nennenswerten Geschäften nicht kommen konnte. Auch das Inland verhielt sich in jeder Beziehung zurückhaltend.

Getreide

Die Marktlage ist allgemein unverändert. Die Gerstenknappheit macht sich immer mehr bemerkbar, woraufhin werden ein Aufgeld von RM. 0,10 p. Ztr. erzielt werden konnte.

Es wurde heute notiert (Frachtgrundlage Bremen in RM. p. Ztr.):
Weizen 76 kg. 11,—; Roggen 72/73 kg. 8,60; Sommer-Wintergerste 9,45; Hafer neuer Ernte 55 kg. 8,20; Plata-Mais 8,30; Donau-Gallox-Mais 8,25; Milo corn 7,90.

Wesermünder Fischmarkt

In der Woche vom 29. August bis 3. September wurden im Wesermünder Fischereihafen als Fangergebnis von 63 Dampferreihen insgesamt 7 003 000 Pfd. frische Seefische gelandet. Die Zufuhren überstiegen die der Vorwoche um über 1 Million Pfd. Sie verteilen sich fast gleichmäßig auf die einzelnen Wochentage. Der Markt eröffnete am Montag mit teilweise gestiegenen Preisen, die sich auch an den Folgetagen, mit Ausnahme fünf Hering, hielten. In der zweiten Hälfte waren durchweg Rückgänge zu verzeichnen.

Tragödie in Zahlen

Die Ausblutung Danzigs

Am unheimlichsten ist die Zahl, für den, der sie zu lesen vermag, bildet sie den letzten und unumfänglichen Beweis. Darum soll man, wenn auch nicht immer, denn das wäre verwerflich, die Zahl sprechen lassen, wenn es gilt, gegen Verdrängung und Inkompetenz zu kämpfen. Denn irgendwo, so liegt die Wohnmöglichkeit bei Danzig vor. Zuerst etwas Grundlegendes: die Danziger der polnischen Politik gegenüber Danzig lassen sich zusammenfassen in: die politische Schöpfung der freien Stadt, die Abtragung ihres Rechtsgebäudes, ihre wirtschaftliche Ausblutung und die Wegnahme und Stärkung des polnischen Elements in der freien Stadt. Dem hat Danzig lediglich das geerbte Recht entgegenzusetzen, die einseitige deutsche Kultur und den einzigen vaterländischen Willen der Bevölkerung. Wenn wir Zahlen sprechen lassen, so geschieht dies vor allem, um die Ausblutungsprozesse der Polen gegenüber Danzig darzulegen. Das Material, das vorliegt, ist erdrückend. Nehmen wir zunächst die Landwirtschaft: da hat innerhalb des Zollvereins die polnische Landwirtschaft den Vorteil gehabt, in Danzig einen neuen Absatzmarkt für ihren Überfluß zu finden. Der Gesamtmarkt der Einfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse von Polen nach Danzig wird übereinstimmend von beiden Seiten auf rund 45 Millionen Gulden geschätzt. Nimmt man die Herkunft der Schlachtereien im Jahre 1931 auf dem Danziger Schlachthaus, so erhält man für Rinder für Danzig 16 und für Polen 64 Prozent. Für Kühe sind die entsprechenden Zahlen 74 und 20 Prozent, für Schafe 5 und 95 Prozent, für Schweine sogar 3 und 97 Prozent. Nimmt man nun den Preisunterchied der landwirtschaftlichen Haupterzeugnisse Danzigs im Danzig-polnischen Zollvereinsgebiet und im Deutschen Reich sowie den Gesamtverkaufsfall im Zollverein, so erhält man z. B. für 49 000 Tonnen Weizen in Berlin einen Preis von 321, in Königsberg einen solchen von 315,75, in Danzig von 176,80 Gulden, so daß die Differenz Berlin — Danzig 147,20, die Königsberg — Danzig 138,95 Gulden beträgt. Der Preisanstieg gegen Berlin beträgt also 7212 800, gegen Königsberg 6 808 550 Gulden. Nimmt man zu Weizen noch Roggen, Gerste, Erbsen, Haas, Mohr, Senf, Rinder, Kühe, Schweine, Schafe, Milch, Zucker, Eier und Genuß, so ergibt sich gegenüber Berlin ein Gesamtpreisunterschied von 29 511 810 Gulden. Diese erschreckenden Zahlen werden noch deutlicher, wenn man den Faktor der Erzeugnissekosten hinzunimmt. Es erhalten landwirtschaftliche Erzeugnisse Preise, die im Minimum 33 Prozent in Danzig über den polnischen liegen, ja sogar die Preise im Reich zum Teil übersteigen. Natürlich sind in Danzig die sozialen Lasten dieselben wie im Deutschen Reich. Die Gesamterhaltung der Landwirtschaft je Hektar ist vom 1. Januar 1930 bis 1. Januar 1932 von 572 auf 672 Gulden gestiegen. Am allerhöchsten äußert sich die Vernichtungspolitik Polens gegenüber Danzig durch

die verhängnisvolle Vogeltötung des Danziger Hafens

und die künftige riesige Ausblutung des Hafens von Obingen. So verlor von Januar bis Mai 1930 2304 Schiffe mit 1 600 033 Nettoregistertonnen durch den Danziger Hafen, dagegen 772 Schiffe mit 711 536 Nrtg. in Obingen. Die entsprechende Zeit für 1931 ergab 2283 Schiffe mit 1 571 876 Nrtg. und 1102 Schiffe mit 933 885 Nrtg. Für 1932: 1661 Schiffe mit 1 080 951 Nrtg.

Die Konferenz von Stresa

Die am 5. September in Stresa am Lago Maggiore unter dem Vorsitz des französischen Georges Bonnet zusammengetretene Konferenz zur Regelung der europäischen Dispositionen ist ein legitimes Kind der Pariser Konferenz zur Regelung der europäischen Dispositionen. Ihre Vorbereitung ist dort Frankreich übertragen worden, während es dem Völkerbundsekretariat anheimgegeben wurde, Handlangerdienste zu leisten. Um den Konferenzort hat man sich lange geirrt, bis man sich in Paris für das italienische Stresa entschied, wahrscheinlich um die faschistische Regierung, die Frankreich noch von Lausanne her großt, verführlich zu stimmen. Die Konferenz ist von 19 Staaten besetzt worden, d. h. von allen Staaten, die am Donauraum legitimes oder illegitimes Interesse haben. Man rechnet mit einer Dauer von ungefähr 14 Tagen und mit einem respektablen Aufgebot von Ministern, insbesondere aus denjenigen Ländern, deren wirtschaftliche und politische Existenzfähigkeit gefährdet werden soll, sowie aus denjenigen Ländern, deren wirtschaftliche oder finanzielle Mitarbeit in diesen Ländern notwendig ist. Deutschland wird durch die Ministerialdirektoren Fosse und Berger vom Reichsfinanzministerium vertreten sein. Vom Völkerbundsekretariat werden der stellvertretende französische Generalsekretär des Völkerbundes Monnet, der italienische Direktor der Wirtschaftsabteilung, Stoppant, und der tschechische Beamte in der Wirtschaftsabteilung, Simek, entsandt. Aufsehen erregt es wieder einmal kein deutscher Beamter darunter, trotzdem sich auch ein höherer deutscher Beamter in der Wirtschaftsabteilung befindet.

Für Frankreich handelte es sich natürlich darum, den Donauraum, den es mit sei-

nem lebensfeindlichen Imperialismus zugrundegerichtet hat, dessen Regierungen es aber mit seiner falschschwebenden Finanzpolitik nichtbedenklicher in seine Gewalt bekommen hat, wirtschaftlich zu organisieren und zu unterbauen, da seine Finanzkräfte in absehbarer Zeit nicht mehr ausreichen würden, seine heute schon bankrotten oder halbbankrotten Vasallen zu finanzieren und dazu noch Oesterreich und Ungarn davon abzuhalten, mit Deutschland zusammenzuarbeiten und den natürlichen wirtschaftlichen Austausch mit Deutschland endlich in die Wege zu leiten. Hieraus ergibt sich schon die Aufgabe der deutschen Vertreter, die sich diesmal nicht mehr auf die Defensive beschränken darf, da weder unser politisches noch unser finanzielles Gewicht sich heute mit demjenigen unseres Landes messen kann, und der Vernichtungswille Frankreichs gegen uns seit Lausanne zum mindesten nicht kleiner geworden ist. Andererseits hat aber die Annahme der Verfassungsanleihe seitens der österreichischen Regierung unsere Situation im Donauraum sicherlich nicht verbessert.

Ein Franzose als Vorsitzender der Kommission, ein Angehöriger jenes Landes also, das alles daran setzt, Deutschland nicht zur Genesung gelangen zu lassen. — Das befragt zur Geringe, daß von dieser Kommission für einen wirtschaftlichen Wiederaufbau der Wirtschaft der ost- und mitteleuropäischen Staaten nichts zu erwarten ist. Dafür wird es an Verdrängungen nicht fehlen, Deutschland neue Wunden aufzuhalten, die über den Geldbeutel des Schuldners schließlich dem französischen Rentner zugute kommen sollen. Deutschland hat also allen Anlaß, seine Blicke nach Stresa zu richten.

Wiemann Bündnisse schließt

Die goldene Feder und das Kanonenrohr

Abmachungen von Bedeutung zwischen den einzelnen Staaten werden in unserer Zeit in wochenlangen Verhandlungen vorbereitet, um dann durch die Unterschrift der verantwortlichen Staatsmänner mit der bestimmten goldenen Feder bekräftigt zu werden. Die Anzahl wird vielleicht den gegenwärtigen Zeitabschnitt die Epoche der Konferenzen nennen.

Ein Gang durch die Historienkammer des Reiches, das Berliner Zeughaus, weckt interessante Erinnerungen, wie man in vergangenen Jahrhunderten bei ähnlichen Anlässen verfuhr. Da finden wir z. B. unter den Andenken an die Regierungzeit des ersten preussischen Königs die Abbildung einer Meisentanone, die einmal eine besondere politische Rolle gespielt hat. Es handelt sich dabei um ein prachtvolles Geschütz, das der Seite der damaligen Zeit entsprechend mit feinsten Verzierungen reich geschmückt war, und dessen Rohr die statische Länge von über 15 Fuß aufwies. Das Gesamtgewicht dieser Kanone, die Kugeln von 100 Pfund Gewicht fortgeschleudert konnte, betrug 370 Zentner. Friedrich

der Erste gab diesem Ungetüm den Namen „Mia“. Im Jahre 1709 erfüllte dann die „Mia“ ihre historische Aufgabe. In diesem Jahre fanden die politischen Verhandlungen zwischen König Friedrich dem Dritten von Dänemark und August dem Starken von Sachsen-Polen sowie dem Kurfürsten von Brandenburg statt, mit dem Ziel, auch Preußen für ein Bündnis gegen Schweden zu gewinnen. Ein zeitgenössischer Bericht schildert die Szene, bei der die Meisentanone ihre historische Verwendung fand: „Vor dem Zeughaus waren die Truppen im Bivak aufgestellt, in dessen Mitte das mächtige Geschütz stand. Eine niedrige, mit hohen Stufen besetzte Treppe führte zu ihm empor. Als die drei Monarchen erschienen, präsentierten die Truppen unter Trommelwirbel. Darauf begab sich August der Starke die Treppe und setzte sich auf das Rohr der Kanone. Ihm folgten der dänische und der preussische König. Der Oberhofmarschall reichte hierauf dem preussischen König einen goldenen, mit Wein gefüllten Becher, aus dem Friedrich der Erste auf eine feierliche und ewige Freundschaft mit seinen beiden treuen Vettern einen Schwur trank, worauf die beiden anderen Monarchen ihm in derselben Weise Beisetz taten. Zum Schluß reichten ihm alle drei die Hände und versicherten mit lauter Stimme, daß das freies geschlossene Bündnis unvergänglich sein solle, wie das Erz des — Geschüßes, das Zeuge dieser Abmachungen sei.“

An vielen Beispielen zeigt uns die Geschichte, was es mit solchen „ewigen Freundschaften“ mit politischem Sintermund auf sich hat. Bekanntlich hielt auch das Bündnis Preußen, Dänemark, Sachsen-Polen nur solange vor, als sich keine widerstehenden Interessen einstellten. Friedrich der Große ließ später im Jahre 1744 die „Mia“ verschmelzen und aus ihrem Metall Feldgeschütze gießen.

Heute ist das Symbol der Vertragsabschlüsse zwischen den Nationen, der nimmerne Gürtel Tisch, und der goldene Schimmer der berühmten Feder ersetzt schwer die Romantik vergangener Zeiten bei ähnlichen Anlässen.

Französische Heuchelei

In einem besonderen Artikel befaßte sich jüngst der „Temps“ mit dem Verbot der Bombenflüge. Danach will Frankreich niemals daran gedacht haben, durch seine Bombenflüge wehrlose Frauen und Kinder zu gefährden. Aufgabe der französischen Bombengeschwader sei ausschließlich die Belämpfung der militärischen Kräfte eines gegnerischen Landes. Eine Verwendung von Bombenfliegern über dem gegnerischen Hinterland sei nur als Wiedervergeltung für etwaige auf die französische Zivilbevölkerung gerichtete feindliche Angriffe vorgehen. Ein allgemeines Verbot der Luftkriege, oder des Bombenwurfs könne von Frankreich niemals angenommen werden.

Der „Temps“ scheint ganz vergessen zu haben, daß erst kürzlich der französische Völkerrechtler Professor Gannon, ohne von der Pariser Regierung beauftragt zu werden, betonte: „Wenn einmal der Krieg erklärt ist, so wird er natürlich sowohl gegen die Neutralen als auch gegen die Zivilbevölkerung geführt werden. Chemiker, Physiker, Arbeiter, Eisenbahner, Telefonisten, Maurer, Weber, Bergleute und zahlreiche Vertreter anderer Berufe sind mit ihren Arbeiten am Kriege beteiligt. Es ist deshalb berechtigt, diese Kräfte anzugreifen, gleichgültig, ob sie sich an der Front oder im Hinterland befinden.“

Außenpolitische Beobachtungen

Der westliche Westwind im ostasiatischen Konflikt

Die am Beschluß des Völkerbundsrats vom Dezember 1931 nach der Mandchurien-Entscheidung Untersuchungskommission des Völkerbunds, an der von deutscher Seite der frühere Gouverneur von Deutsch-Ostafrika Dr. Schmeelke teilnahm, wird Mitte September wieder in Europa eintreffen. Die Mitteilung ihres Berichtes zwingt Völkerbundsrat und Völkerbundsammlung, für welche beide sowie Ende September Tagungen fallig sind, einseitig Stellung im Streit zwischen China und Japan zu nehmen.

Nun hat Japan genügend deutlich zum Ausdruck gebracht, daß es einen Einspruch zu seinen Ungunsten mit dem Austritt aus dem Völkerbund beantwortet werden, ein Schritt, der ihm wohl dadurch erleichtert wäre, daß seine eigentlichen Gegner, die Vereinigten Staaten von Nordamerika und die Sowjetunion, auch nicht zum Völkerbund gehören. Durch Japans Austritt würde der an sich wichtige Bau des Völkerbunds vermehrt der Gefahr des Zusammenbruchs ausgesetzt werden. Es ist daher anzunehmen, daß die am Völkerbund am meisten interessierten Mächte England und Frankreich ihr Möglichstes tun werden, eine klare Entscheidung gegen Japan zu verhindern.

Dagegen will Frankreich sehen an sich die Mandchurien lieber in der Hand der Japaner als in der Hand der Russen, deren Verlangen nach dem Besitz der Mandchurien offensichtlich ist, wenn sie auch die augenblickliche innerpolitische Lage zwingt, ag-

greifbare Pläne auf eine nähere oder fernere Zukunft zu verschieben. Man darf nicht vergessen, daß der Russe heute in der Mandchurien herrschen würde, wenn ihn Japan nicht 1904-05 unter schweren Blutopfern dort verdrängt hätte. Der Chinese wäre hierzu nie imstande gewesen. Der Russe würde, im Besitz der Mandchurien, über auch im Winter eisfreie Häfen verfügen; damit wäre es der Sowjetunion ermöglicht, nicht bloß stärkste Landmacht der Erde, sondern auch eine bedeutende Seemacht zu sein, und so zu erhöhter Bedrohung Englands und im besonderen Japans zu gelangen.

Für Frankreich ist ein in der Mandchurien verankertes Japan ein erwünschterer Kraftvoller Gegenspieler gegen die Sowjetunion, der namentlich zur Entlastung seines politischen Schuldhaars helfen soll. Diese Entlastung kommt der militärischen Vormachtstellung Frankreichs in Europa zugute.

Die in Vorstehendem begründete Einseitigkeit Englands und Frankreichs zu Japan mißfällt aber den Vereinigten Staaten von Nordamerika, die in Japan ihren eigentlichen Gegner erblicken und jede Machtvergrößerung dieses Staates ungern sehen. Hierfür bedürfen England und Frankreich heute besonders guten Betters in Amerika, da sie im Hinblick an den „Pakt von Lausanne“ die Streichung ihrer bei Amerika gemachten Kriegsschulden erstreben. Sie sind daher gezwungen, im ostasiatischen Konflikt sehr vorsichtig zu operieren, um dem amerikanischen öffentlichen Meinung möglichst wenig Anlaß zur Verärgerung zu geben. Immerhin kann angenommen wer-

den, daß die nachpolitischen Interessen dieser Staaten das Übergewicht über die wirtschaftlichen behalten werden.

Mit der Herbeiführung der Proklamierung der Mandchurien zu einer selbständigen Republik (18. Februar 1932) haben die Japaner einen sehr geschickten Schachzug getan. Der sogenannte Neunmächtepakt vom 6. Februar 1922 verwehrt ihnen, sich an der territorialen oder verwaltungsmäßigen Unabhängigkeit Chinas zu vergreifen. Der Neunmächtepakt verbietet aber nicht, daß Teile des chinesischen Reichs sich von diesem lösen und sich in selbständige Staaten verwandeln. Der Neunmächtepakt schreibt auch nichts über das Verhalten anderer Staaten gegenüber einem solchen neuen Staatengebilde vor. Bisher hat Japan, das den mandchurischen Staat alsbald völlig unter seine Fittiche nahm, diesem eine amtliche Anerkennung noch nicht zutommen lassen. Nach den jüngsten Antindignationen des japanischen Ministerpräsidenten ist es aber nicht gelungen, noch lange damit zu warten. Damit würde, besonders im Zusammenhang mit dem fälligen Bericht der Untersuchungskommission, eine neue Lage im fernsten Osten geschaffen. Es ist unwahrscheinlich, daß sich Japan dabei von seinem Ziel, sich den ausfallenden Einfluss in der Mandchurien zu sichern, entfernen wird; denn die besseren Trümpfe sind in seiner Hand.

Der Beginn der französisch-amerikanischen Auseinandersetzung

In der vorigen Betrachtung war schon davon die Rede, daß die Vereinigten Staaten in der Frage der amerikanischen Kriegsschulden Frankreichs, deren Streichung Paris nunmehr erstrebt, ein

starkes Druckmittel besitzen. Waren die amerikanischen Regierung und Öffentlichkeit aus verschiedenen Gründen bis in nahe Zeit der Streichung völlig abgeneigt, so erklärte kürzlich der amerikanische Staatspräsident und Vizepräsidentenstand der Republikaner, Hoover, daß er für einen Nachschub eintrete, falls Amerika dafür einen Ausgleich in seinen wirtschaftlichen Beziehungen fände.

Am 22. August begannen nun in Paris Verhandlungen zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten über einen neuen Handelsvertrag. Nach Ablauf einer Woche berichteten die französischen Zeitungen, daß man keinen Schritt vorwärts gekommen sei und daß die Schwierigkeiten, zu einer Einigung zu gelangen, sehr groß wären. Frankreichs Politik sei beruht auf „Allgemeinem Zolltarif mit Minimaltarif und Meistbegünstigungsklausel“, während Amerika nur einen ganz harten Tarif kenne, der keine Ausnahmen vorläge. Die Mittel zu einem Ausgleich der Interessen zu gelangen, seien daher sehr geringe.

Frankreich, für das der herabgelagerte Goldstrom aus Deutschlands Verfall ist, sieht sich nunmehr genau wie die anderen Staaten gezwungen, einen Abgleich von Einfuhr und Ausfuhr zu erstreben. Amerika will sich aber, entsprechend Hoovers Erklärung, besondere Vorteile verschaffen. So stehen den französischen Wirtschaftspolitikern harte Stunden bevor, um so härtere, als das wirtschaftliche Vorgehen Frankreichs in der Nachkriegszeit von brutalem Egoismus getragen war, dessen zerstörende Wirkungen sich nun allmählich gegen Frankreich selbst zu wenden beginnen. Das völlige Vernein der deutschen Wirtschaft ist war, nicht der Weisheit höchster Schluß. D. D.

Der neue Mensch darf also nicht als Raub-
begehrtes Symptom errogen werden. Er muß es
vielmehr durch Gegenüberstellung untergraben
sich erhaltend in sich zusammenfassen. Seelische Be-
einflussung wird so zum Akt einer künstlerischen
Schöpfung, die eher einem Raub als einer Un-
streichung sich vergleichen läßt. Beim Vorgang der
Freiwilligenknechtung bezieht man sich der Hypnose
kein Vorgang der Selbstbeeinflussung der leichteren
Entspannung, um dieses Gefühl der das Gegenüber
bestehenden Antreibung zu umgehen. Ja der
Entspannung ist der gerade Weg für die Gedanken-
ins Unterbewußtsein offen. Sie erregt dort, wo
sie unter keinem Druck stehen, keine Gegenbehan-
deln und vermögen nach dem Gefühl des unangeneh-
men Mittels und des Reizes zu wirken. Jede
Bewandlung befreit sich auf dem Umweg über das
Unterbewußtsein zu verwickeln, sofern wir nicht
unter dem Eindruck einer vorliegenden Schwierig-
keit um die Verwirklichung dieses Gedankens zu-
drücklich bemüht sind. So lassen sich keine Gefühle
der Suggestion ohne Schwierigkeit in einem Ge-
danken vereinen.

N.S.D.A.P., Ortsgruppe Bremen-Westen, Ortsgruppe Seefahrer

N.S.D.A.P., Ortsgruppe Bremen-Westen, Ortsgruppe Seefahrt

Oberst Hierl zur Frage des Arbeitsdienstes

Auf der Tagung der Kaufleute für Arbeitsdienst in Dessau gab Oberst Hierl Erklärungen zum Arbeitsdienst, die wir nachstehend im Wortlaut bringen:

Unser großes Ziel ist und bleibt die allgemeine, gleiche Arbeitsdienstpflicht für alle jungen Deutschen. Von diesem Ziel wird mich nichts abbringen. Dieses Ziel bestimmt meine Betrachtung auf dem ganzen, manchmal recht feingliedrigen Wege. Dieses Ziel bleibt für mich maßgebend bei der Wahl aller Maßnahmen, deren Wert ich stets danach beurteile, ob und wie weit sie uns dem Ziele näher bringen.

Neuzeitliche Kritiker — an ihrer Spitze der Herr Studentrat Mähnen, Landesführer des Stahlhelm — behaupten, mein Projekt sei undurchführbar.

Meine Herren! Wenn alles unterbleiben würde, was von kleinen Arbeitsdiensten als undurchführbar angesehen wird, so befänden wir uns heute noch auf der Kulturelle der Steinzeit.

Jede neue Idee und ihre Träger müssen kämpfen.

Zu dem Kampf mit den höchsten Schwierigkeiten, die bei der Durchführung jeder neuen Idee zu überwinden sind, tritt der meist noch härtere und weniger schöne Kampf gegen menschliche Dummheit und Bosheit. Ich scheue auch diesen Kampf nicht. Wer sich uns auf dem Wege zu unserem Ziel entgegenstellt, den greifen wir an.

Der Gedanke der Arbeitsdienstpflicht hat heute das Denken vieler Kreise unseres Volkes, namentlich unserer besten Jugend, erfasst. Der Arbeitsdienstpflichtgedanke wird allmählich zu einer geistigen Volksbewegung.

Die Gegner des Arbeitsdienstgedankens haben zum großen Teil recht wohl erkannt, daß diese Bewegung durch offenes Dagegenstehen nicht mehr aufzuhalten ist. Sie versuchen deshalb diese Bewegung zu verfälschen, von ihrem großen Ziele abzulenken, auf ein totes Geleise zu schieben, wo sie schließlich verlandet. Dies ist zur Zeit die große Gefahr.

Wir haben in der Geschichte des Weltkrieges ein warnendes Beispiel, das Schicksal des deutschen Hilfsdienstgesetzes. Schon damals wurde der Gedanke der Arbeitsdienstpflicht durch eine schwache Reichsregierung und selbsthätige und engstirnige Parteien in der Gesetzgebung so verflächt und verdorben, daß das Hilfsdienstgesetz mehr lächlich als nützlich wirkte.

Wir sind auf dem besten Wege, eine Wiederholung dieses Vorganges zu erleben.

Wir müssen uns dieser verderblichen Entartung mit aller Kraft und Leidenschaft entgegenstellen. Hier darf es keine Kompromisse geben.

Wir müssen daher jenem System der Halbheiten und des grundhaltigen Experimentierens, das in der Behandlung der Arbeitsdienstfrage durch die bisherigen Reichsregierungen zum Ausdruck kommt, den schärfsten Kampf ansetzen. Die derzeitige Reichsregierung ist auch hier durchaus im Geiste der vorhergehenden Regierung geblieben. Alle bisherigen Maßnahmen der Reichsregierungen auf dem Gebiete des Arbeitsdienstes sind tastende Versuche, Ausflüchte ohne Widerstand auf ein großes Ziel, Verlegenheitsmaßnahmen, um den Eindruck zu erwecken, daß etwas geschieht. Mehr oder weniger verantwortungsvoll läßt man sich von der Arbeitsdienstbewegung schieben, anstatt zu führen. Das heißen die Leute dann „organische Entwicklung“. In Wirklichkeit ist alles nur Fickwerk, unverantwortliche Vergeudung von Zeit und Geld. Wo soll auch ein Mann, wie Geheimrat Schrump, der noch vor einem halben Jahre als leidenschaftlicher Gegner des Arbeitsdienstgedankens hervorgetreten ist, jetzt den unüberwindlichen Glauben an den leidenschaftlichen Willen nehmen, um die Idee der Arbeitsdienstpflicht über alle Hindernisse hinweg zum Siege zu führen? Und welche abgrundtiefe Unverständlichkeit für die Idee des Arbeitsdienstes zeigt sich, wenn man die Organisation des Arbeitsdienstes, der doch vor allen Dingen eine große Volkserziehungsanstalt sein soll, mit der Arbeitslosenversicherung verwechselt, wenn man die Durchführung der neuen Idee angedeutet von jenen Behörden abhängig macht, deren Vertreter zum größten Teil entweder ausgesprochene Feinde des Arbeitsdienstgedankens sind, oder ihr verständnislos gegenüber stehen.

Bei der heutigen Regelung schiebt der Staat die wirtschaftlichen positiven Arbeiten und Leistungen auf die Schultern der Privatorganisationen. Er befreit sich auf Geldunterstützung.

Um zu dieser Geldunterstützung zu gelangen, muß man sich aber erst durch ein Gefährd von Paragraphen hindurcharbeiten,

wozu fast eine eigene Wissenschaft notwendig ist.

Außerdem muß man die Gunst der betreffenden Behörden haben. Und diese Gunst wird nicht immer nach den Gesichtspunkten erteilt, die das große Ziel des Arbeitsdienstes im Auge haben. Die bisherigen Maßnahmen der Reichsregierungen waren nicht geeignet, den Weg zur Arbeitsdienstpflicht freizumachen, sie haben vielmehr diesen Weg zu einer Hindernisbahn gemacht.

Der steuerfreie Verlustvortrag

Von Dr. jur. Walter Hoffmann, Bremen

Bekanntlich dürfen nach dem Einkommensteuergesetz solche Beträge wie abzugsfähige Ausgaben behandelt werden, die zur Befreiung eines Verlustes verwendet werden, der in den beiden unmittelbar vorangegangenen Steuerabschnitten entstanden ist (sog. „steuerfreier Verlustvortrag“). Beschränkt ist dieses Recht allerdings auf den Kreis der buchführenden Gewerbetreibenden und der buchführenden Landwirte; auch Handwerker und Kleingewerbetreibende mit vereinfachter Buchführung können unter gewissen Voraussetzungen den steuerfreien Verlustvortrag gleichfalls geltend machen.

Als grundlegend ist zu beachten, daß steuerfrei vortragfähig nur solche Verluste sind, die aus Gewerbebetrieb oder Landwirtschaft entstanden sind, nicht dagegen Verluste aus anderen Einkommensarten, wie z. B. aus der Vermietung von Grundstücken. Auf der anderen Seite mindert ein Gewinn, der in anderen Einkommensarten als im Gewerbebetrieb oder in der Landwirtschaft entstanden ist, den vortragfähigen Verlust. Ist also z. B. im Gewerbebetrieb ein Verlust von 10.000 RM. entstanden, fallen diesem aber Reineinkünfte aus Kapitalvermögen von 4.000 RM. gegenüber, so sind nur noch 6.000 RM. steuerfrei vortragfähig.

Steuerfreie Verlustvorträge können nicht zeitlich unbegrenzt zur Reduzierung späterer, an sich steuerpflichtiger Gewinne verwendet werden, sondern nur für die Dauer von zwei Jahren. Es kann also z. B. ein Gewinn aus 1931 durch Verluste aus 1929 und 1930 gemindert werden, nicht mehr aber durch Verluste aus 1928. Dabei hat aber der Steuerpflichtige das Recht, wenn zwei Verlustjahre aufeinander folgen, auf den Gewinn des 3. Jahres (1931 in unserem Beispiel) zunächst den Verlust des 1. Jahres (1929) anzugreifen. Er erhält sich dadurch die Möglichkeit, den Verlust aus 1930 immer noch auf einen in 1932 entstandenen Gewinn steuerfrei anzugreifen.

Schließlich ist noch zu beachten, daß unter Gewinn in diesem Sinne das Gesamteinkommen desjenigen Jahres zu verstehen ist, von dem der Verlust abgezogen werden soll. Hat der Steuerpflichtige 1931 einen buchmäßigen Betriebsergebnis von 12.000 RM., auszuweisen, hat er daneben aber, z. B. aus Vermietung, einen Verlust von 5.000 RM. erlitten, so kann er diesen Verlust vorab von dem Betriebsergebnis abziehen. Bleibt nun aus 1930 ein vortragfähiger Verlust von beispielsweise 13.000 RM. vor, so ist dieser gegen 12.000 RM. minus 5.000 RM., d. h. 7.000 RM., abzusetzen. Der Steuerpflichtige erhält sich somit für das Steuerjahr 1932 einen nochmals steuerfrei vortragfähigen Verlust von 13.000 RM. minus 7.000 RM. gleich 6.000 RM.

Bolschewistische Geldgeschäfte

So mancher hat sich schon gewundert, daß die Migros AG, die ja die „Kino-Farm“ mit ihren „Autoläden“ übernommen hat und dem Mittelstand in erster Linie in Berlin unlautere Konkurrenz macht, so starken Aufbruch in bestimmten Teilen der Bevölkerung findet, obgleich die Waren nicht besser und billiger sind als im durchschnittlichen Einzelhandelsgeschäft. Natürlich macht der Reiz der Neuheit beim Konsumenten eine Menge aus; mancher mag es für bequemer halten, ein paar Schritte von der Haustür zum Migrosauto zu gehen als ein paar Schritte um die Ecke zum Einzelhändler. Immerhin — das reicht zur Klärung des Falles nicht aus. Interessant ist nun, daß verschiedentlich Nachrichten darüber aufstehen, daß die Migros AG, „Eine Schweizer Robustengruppe“, mit kommunistischen Organisationen zusammenarbeitet. Dem aufmerksam Beobachter des Interesses kommunistischer Mäler (auch in Berlin) wird nicht entgangen sein, wie stark die Migros AG. schon vor dem Krieg, als sie in den vergangenen Jahren weiter auf, daß bei Aufbruch des kommunistischen Konsumvereins, als Kompulsfaktor der Warenbedürfnisse die Schweizerin Metana Moser (I) aufkaufte, und daß Gedächtnis nicht verkommen wollten, nach denen Angehörte der Migros AG. vorher von der Konsumgenossenschaft Halle mitbejohlt worden seien.

Den Schieber um diese Dinge liefert ein Referatbericht (Referentmaterial Nr. 5 vom März 1932), in dem folgender Satz zu lesen ist: „Ein wichtiges Kampfmittel mehr, eine wesentliche Hilfe in der Gegenwart, ist die „Migros“, die mitteldeutsche Großhandels- und Einzelhandels- und proletarischen

Um so unheimlicher müssen wir sein und festhalten an unserem Ziel und unseren großen Grundfragen. Hier muß ein unbedingte starrer Wille herrschen.

Etwas anderes ist es mit dem Weg, der zum Ziel führt. Hier müssen wir wenig sein, um alle entstehenden Hindernisse zu umgehen. Hier müssen wir die Ausflüchte dem Wandel der Lage anpassen. Hier müssen wir die wachsende Erkenntnis, die wir aus den Erfahrungen und dem gegenseitigen Gedankenaustausch gewinnen, fortlaufend verwerten. Hier wollen und dürfen wir nicht harrt sein.“

Oberst Hierl entwickelte dann vor seinen Mitarbeitern seinen großzügigen Aufbauplan und gab Anweisungen über die jetzt schon durchzuführenden praktischen Maßnahmen.

Konsumvereine.“ Es ist interessant, daß hier das hochkapitalistische, schweizerische Unternehmen ganz eindeutig dem kommunistischen Konsumverein empfohlen wird.

Die Teilhabe direkter oder vermittelter Beteiligung der kommunistischen Organisation an einem ausländischen, hochkapitalistischen Konzern, der durch sein Anteilseigenen die Stellung der kleinen Geschäftskreise vertritt, spricht Bände für den bolschewistischen „Sozialismus“.

Sowjet-„Sozialismus“

In der letzten Landtagsagung wies der nationalsozialistische Fraktionsführer Rabe auf einen bezeichnenden Fall hin, der die bolschewistische „Hilfsbereitschaft“ charakterisiert. Die Landtagsangehörigen hatten sich an sämtliche Fraktionen des Parlaments gewandt mit der Bitte, jeder Abgeordnete möge freiwillig einen Betrag von drei Reichsmark seiner Diäten abgeben, die zur Unterstützung der Angehörten für die Freizeit Verwendung finden sollte. Selbstverständlich sagte die NSDAP. sofort zu, übrigens auch ein großer Teil der anderen Fraktionen. Die SPD. dagegen lehnte ab, weil ihre proletarischen Abgeordneten ebenfalls zu sehr am Gelde hängen, um in den Listen der „Bourgeoisie“ zu schwelgen.

Landwirtschaftliche Genossenschaften verlangen Zinssenkung

Berlin, 1. September. Im „Deutschen Landwirtschaftlichen Genossenschaftsblatt“, dem Organ des Reichsverbandes der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften-Mitglieder werden an erster Stelle Ausführungen wiedergegeben, die eine allgemeine Lösung des Zinsproblems fordern. Es müsse allerdings betont werden, daß eine durchschlagende Hilfe nur von einer allgemeinen Zinssenkung erwartet werden könne und daß jeder Versuch, eine individuelle Zinssenkung durchzuführen — etwa durch Abmachung zwischen Gläubiger und Schuldner oder in ähnlicher Weise — zum Scheitern verurteilt sei. Eine Durchführung der Zinssenkung auf der Grundlage der Zinssenkung hier wie die ohne beschränkte Zinssenkung durchgeführte Zinssenkung auf dem Kapitalmarkt durch die Notenbankordnung vom 8. Dezember 1931 gezeigt habe, keinen unüberwindlichen technischen Schwierigkeiten.

Rund um Deutschlands Grenzen

Kürzlich stellte bei den Besprechungen über eine „Landesverteidigung“ in der belgischen zweiten Kammer das flämisch-nationale Kampfmittelgebilde klar, daß die Befestigungen in Limburg und Lüttich und auch diejenigen hinter dem Albertkanal nach Angaben des französischen Generalstabes ausgeführt seien. Zu seiner Antwort tritt der belgische Minister Grodard ab, daß französische Offiziere die Befestigungswerke von Eben-Emael bei Maasricht und anderswo befestigt hätten, obwohl es eine allgemein bekannte Tatsache ist, daß der französische Militärentschloß in Brüssel, General Charbign, unlängst mit dem belgischen Minister Grodard, General Taffinier und verschiedenen anderen belgischen Generalen die ganze Grenzlinie zwischen Eben-Emael und Aachen, wo die Befestigungen aufgeführt werden, belinst hat, und daß man auf dieser Strecke dauernd französische Offiziere bemerkt. Später erklärte dann Minister Grodard noch, daß es ein Verstoß gegen die Neutralität gewesen sei, die in Belgien studieren. Die belgische Armee hält Schießübungen in Frankreich ab, und französische Offizierschüler studieren in Belgien!

Unter diesen Umständen ist es zu verstehen, daß die Flamen in Belgien und Holland, deren Schwerepunkte ja nach Deutschland zielen, angesichts dieser Tatsachen durch die in der letzten Zeit angeordnete Annäherung zwischen Holland und Belgien außerordentlich beunruhigt sind.

Der holländische Minister des Meeresverkehrs hat zwar erklärt, daß die staatliche Seefähigkeit Hollands durch die holländisch-belgischen Wirtschaftsverhandlungen unberührt sei, aber es liegt ja auf der Hand, daß, zumal in unserer Zeit, eine solche wirtschaftliche

Der Reichsfinanzminister fordert Zinsherabsetzung

London, 1. September. In der „Financial Times“ wird eine längere Unterredung mit dem Reichsfinanzminister Schwerin von Krosigk veröffentlicht. Der Minister weist darin auf die Notwendigkeit einer Herabsetzung der Zinsen für die Auslandsverpflichtungen Deutschlands hin. Er empfiehlt einen engeren Zusammenschluß der Gläubiger im Auslande auf dem Wege über die Zentralbanken und vielleicht die B. Z. B. und betont, daß etwaige Landesregierungen nur auf dem Wege gegenseitigen Einvernehmens erzielt werden könnten. Auf die Dauer sei es für Deutschland unmöglich, große Zahlungen vom Kapital her zu leisten. Durch den Fall der Preise habe sich die Belastung erheblich vergrößert. Wenn es gelinge, die Preise wieder zu heben, so würde sich ein großer Teil der Schwierigkeiten für Deutschland von selbst regeln. Niemand hätte erwarten können, daß eine Anzahl von Ländern, die Deutschlands Gläubiger seien, ihre Märkte verschließen würden, so daß man Deutschland kaum den Vorwurf machen könne, daß es sorglos geborgt habe. Eine Entwertung der Mark oder eine Konvertierung von inneren Anleihen nach englischem Vorbild



komme für Deutschland nicht in Frage, da hierdurch das Vertrauen zerstört würde, das die Regierung aufbauen müsse. Auch komme zurzeit eine Herabsetzung der Steuern nicht in Frage, so sehr die Regierung dies auch wünsche. Hinsichtlich des Zinssenkungsforums regte der Reichsfinanzminister die Möglichkeit einer Ausgabe von Goldzertifikaten an, die von der deutschen Regierung jeweils zurückgezahlt werden könnten, sobald die notwendigen Deckungen vorhanden seien. Man konnte aber immer wieder darauf zurück, daß Deutschland nur in Waren zahlen könne.

Die Delmenhorster Städtischen Werte

Delmenhorst, 2. Sept. Aus dem Jahresbericht der Städtischen Werte Delmenhorst geht die deutliche Einwirkung des Kriegsjahres 1931 hervor. Der Erzeugungsbeitrag beim Ekt.-Wert betrug 21.1%, der beim Wasserkraft 7.8% im Vergleich zum Jahre 1930. Lediglich das Gaswerk hatte eine Zunahme der Produktion aufzuweisen, und zwar durch den Mehrverbrauch des Ekt.-Wertes. Immerhin ist das finanzielle Ergebnis durchaus zufriedenstellend. Es konnte ein Betrag von RM. 75.000 an die Stadtkasse aus dem Ueberfluß abgeführt werden. Die erheblich zurückgegangene Neubausstätigkeit des Jahres 1931 wirkt sich in dem finanziellen Ergebnis der Inflationsabteilung aus, die im Jahre 1931 nur einen Ueberfluß von ca. RM. 630 erzielte, während dieselbe im Jahre 1930 noch RM. 11.250 betragen hatte!

Verbindung auch zwangsläufig ihre politischen Forderungen nach sich ziehen muß. In der Defizitpolitik beginnen die Wallonen schon Nachdruck darauf zu legen, daß die belgisch-holländische Konvention ungenügend sei, solange Frankreich nicht zinszugeben sei.

Die Flamen dagegen weisen, daß sie bei dieser politischen Entwidlung die Schlachtopfer sein werden. Gegen Frankreich und Belgien so sagen sie, führen sie einen fast hoffnungslosen Kampf, um „der Holländer schließt sie dazu noch in den Rücken“.

Nach dem Tätigkeitsbericht der staatlichen Luftverteidigungsbehörde für den weiteren Ausbau des polnischen Flugwesens insgesamt 2.000.000 RM. ausgegeben, trotzdem sich die Einnahmen infolge der schlechten Wirtschaftslage um circa 300.000 RM. verringert hatten. Die Ausgaben für Flugabwehr betrugen 370.000 RM., wobei 600 Luftkutter für Gasabwehr, eine halbe Million für Flugabwehr und 100.000 Schuttfelder in der Gasabwehr ausgebildet wurden!

England hat bei englischen Firmen eine große Anzahl von schweren Bombenflugzeugen in Auftrag gegeben, die genau nach englischen Flugzeugmodellen gebaut sind und sich durch außerordentlich große Schnelligkeit auszeichnen.

Interessant ist ein Bild auf den ungewöhnlich großen Ausbau des jugoslawischen Flugwesens. Jugoslawien verfügt zur Zeit über 10 Flughäfen (3 Seeflughäfen) mit Raum für 2000 Kriegsluftzeuge. Neben der eigenen Produktion in den 12 jugoslawischen Flugzeugfabriken, die 1200 Flugzeuge und 800 Motoren jährlich herstellen können, führt Jugoslawien noch aus dem Auslande, besonders Frankreich, dauernd Flugzeugteile ein.